

ÜBER DAS RECHTSLEBEN UNGARNS UM DIE WENDE DES 13–14. JAHRHUNDERTS

von
JÓZSEF GERICS

König Wladislaus I. transsumierte und bestätigte am 20. Juli 1440, kurz nach seiner Krönung, auf Bitten der Stände in einem umfangreichen Privileg mehrere frühere Gesetze. Unter den transsumierten Gesetzen befanden sich unter anderen die Beschlüsse des Reichstags vom Jahre 1298 sowie die Artikel einer Resolution des königlichen Rates, das heisst der *praelati et barones*. Diese Resolution enthält keinerlei Hinweis, der den Forscher hinsichtlich des Zeitpunktes ihres Entstehens orientieren könnte. Ihren Wortlaut kennen wir, genauso wie jenen des Gesetzes vom Jahre 1298 nur aus dem Transsumpt vom Jahre 1440. Im Transsumpt verschmilzt ihr Wortlaut gleichsam mit dem des Gesetzes vom Jahre 1298, ihre Abschnitte folgen ohne einleitendem Teil oder einer anderen wahrnehmbaren Trennung jenen des letzteren, und nur bei einem aufmerksamen Lesen merkt man es, dass es sich um die Produkte zwei verschiedener gesetzgeberischer Akte handelt. Die Zeitgebundenheit der undatierten Resolution ist daher seit nunmehr 175 Jahren eine mit Recht umstrittene Frage sowohl der Rechtsgeschichte wie auch der Geschichtsschreibung.

Hinsichtlich der Grenzpunkte ihres Entstehens kann die Tatsache orientieren, dass das Transsumpt des Königs Wladislaus I. ihre Artikel unmittelbar nach dem Gesetz vom Jahre 1298, aber vor dem Gesetz vom Jahre 1351 anführt. Das Entstehen der Resolution der *praelati et barones* dürfen wir demnach – aufgrund der Reihenfolge der zu gleicher Zeit transsumierten Gesetze – mit der Zeit zwischen 1298 und 1351 annehmen. Die Meinung der bisherigen Forscher stimmt darin überein, dass die Artikel um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts entstanden sind, hinsichtlich der näheren Datierung gehen jedoch die Ansichten auseinander: die eine Auffassung nimmt die letzten Jahre des Königs Andreas III. (1290–1301), die andere den Beginn des Zeitalters des Hauses Anjou als Zeitpunkt ihres Entstehens an. Das Problem prüfte zuletzt L. Szilágyi in seiner 1957 publizierten Arbeit.¹ Er leitet sie von den Jahren 1312–1315 ab.

Zweifelloos kann man sowohl für den Ursprung der geprüften Quelle in der Arpadenzeit, wie auch für den zur Zeit der Anjous mehr oder minder gewichtige Argumente anführen.²

Ich bin jedoch der Ansicht, dass das Problem auf der derzeitigen Ebene unserer Forschung und unserer Kenntnisse nicht mit völliger Gewissheit geklärt und abgeschlossen werden kann. Ich meine daher, dass das Problem in zwei Teile getrennt werden muss: auf die Frage des Zeitpunktes der Kodifizierung und auf die des Erscheinens des kodifizierten Stoffes im Rechtsleben Ungarns.

Bei derartigen Untersuchungen besteht nämlich das Problem nicht ausschliesslich in einer Stellungnahme bezüglich des Beginns und des Endes der Zeitspanne von 10–15 Jahren. Wenn nämlich der königliche Rat diesen Beschluss tatsächlich während der Jahre 1312 bis 1315 gefasst hat, dann ergeben sich jene Fragen von primärer Bedeutung, welche der in ihm enthaltenen Rechtsinstitutionen als Erbe der Arpadenzeit zu betrachten sind, welches Verhältnis zwischen der Gesetzgebung der frühen Anjou-Zeit und dem Rechtsleben des 13. Jahrhunderts besteht, welche die Neuerungen Karls I. (1308–1342) sind, und was als Weiterentwicklung der auf den Grundlagen der Arpadenzeit entstandenen Initiativen aufgefasst werden kann.

In den folgenden Erörterungen will ich daher vor allem die Beziehungen der verschiedenen Institutionen des undatierten Ratsbeschlusses zur Arpadenzeit nachweisen, und hernach trachte ich gewisse Momente des Gesetzes vom Jahre 1298 zu beleuchten, die in die Entwicklung des Rechts vom 14. Jahrhundert bleibend eingebaut und zu dessen Bestandteil wurden.

I

Prüfen wir als erstes die Hinweise des Gesetzes auf die Gerichtsverfassung. Von diesen verdienen der Gebrauch des Fachausdrucks „*judex ordinarius*“, die Bezeichnung des Palatins als „*dominus palatinus*“ und die Auslegungen über die Komitatsgerichtsbarkeit Aufmerksamkeit.³ Die „ordentlichen Richter“ kommen in den Artikeln 46, 48, 50, 57 und 76 des Beschlusses vor.⁴ Laut Artikel 46 sind die seitens des Königs beauftragten 12 Adligen im Komitate verpflichtet über das Ergebnis ihrer in Sachen der Gewalttätigkeit (*factum potentiae*) durchgeführten Untersuchung dem Herrscher Bericht zu erstatten, aufgrund dessen der „*judex ordinarius causae*“ Gerechtigkeit widerfahren lässt.

Gemäss Artikel 48 sind im Stuhl des Vizegespans („in sede vicecomitis“) „omnia etiam instrumenta in curia regia per dominum palatinum vel iudicem curie aut alios iudices ordinarios in factis criminalibus adjudicanda“ niederzulegen. Artikel 50 verfügt, dass wenn jemand wegen *factum potentiae*, *calumnia*, *exhibitio falsarum litterarum* oder anderen dergleichen verurteilt wird, dessen Güter so lange zu beschlagnahmen sind, bis „*judici ordinario et parti adverse . . . satisfactio impendatur*“.

Laut Artikel 57 erhält die Hälfte des nach dem Schadenersatz verbleibenden Teiles des Vermögens einer Person, die wegen Gewalttätigkeit

bestraft wurde, der Geschädigte, zwei Drittel der anderen Hälfte gebühren hingegen „judici ordinario“. Artikel 76 verfügt über die Entlohnung der Beauftragten des glaubwürdigen Ortes, sofern sie „juxta regium mandatum aut judiciariam comissionem palatini vel judicis curie regie seu alterius cuiusdam judicis ordinarii“ auswärtigen Dienst verrichten.

Was mag wohl das Gesetz an diesen Stellen unter dem Begriff *ordentlicher Richter* verstehen? Gemäss dem Kommentar Kovachich's handelt es sich hier noch nicht um die spätere Organisation der ordentlichen Richter im Lande, hier ist unter *ordentlichem Richter* vielmehr jeder zu verstehen, der „delata sibi per legem judicandi jurisdictione gaudebat“.⁵

Allerdings könnte man annehmen, dass unter *ordentlichen Richtern* schon hier — der Auffassung des 15. Jahrhunderts entsprechend — die *Richter in der königlichen Kurie*, vor allem der Hofrichter und der Palatin zu verstehen sind, ja sogar, dass der Artikel 76 den seinerzeitigen Querschnitt der gesamten Gerichtsbarkeit in der Kurie widerspiegelt. Eine Auslegung dieser Art kann jedoch nicht ohne Vorbehalt akzeptiert werden. Bei Identifizierung der Begriffe kurialer Richter und ordentlicher Richter muss nämlich die Frage gestellt werden, wer zur Zeit des Entstehens des Beschlusses — sei es Ende des 13. Jahrhunderts, sei es zwischen 1312 und 1315 — ausser dem Palatin und dem Hofrichter als ordentlicher, das heisst kurialer Richter zu betrachten sei. Der Wortgebrauch des Artikels 48 (*alii judices ordinarii*) und des Artikels 76 (*alter quidam judex ordinarius*) macht es unmöglich dieser Frage aus dem Wege zu gehen. Falls der ordentliche Richter mit dem Richter in der Kurie identisch gewesen ist, musste es — gemäss dem Artikel 48 — neben dem Palatin und dem Hofrichter mindestens noch *zwei* solche gegeben haben. Ausser ihnen ist aber ein ordentlicher Richter in der Kurie — zumindest laut unserer derzeitigen Kenntnisse — aus der Zeit der Anjous noch lange nicht bekannt: der Kanzler wird erst um vieles später, nach Jahrzehnten eine regelmässige Rechtsprechungstätigkeit ausüben. Darum müssen auch die Argumente, die für die Erklärung Kovachich's sprechen, geprüft werden. Für die Richtigkeit seiner Auslegung spricht der Wortgebrauch der Artikel 46 und 76: Artikel 46 erwähnt ausdrücklich *judex ordinarius causae*, also den ordentlichen Richter *der Sache* (und nicht der Kurie) ohne Konkretisierung, und Artikel 76 spricht ganz allgemein vom *alter quidam judex ordinarius*, von einem anderen ordentlichen Richter. Damit kann auch die Verfügung des Absatzes 48 in Einklang gebracht werden, in dem wir von „omnia etiam instrumenta in curia regia per dominum palatinum aut judicem curie aut alios judices ordinarios . . . adjudicanda“ lesen können. Hiervon kann nämlich die Folgerung abgeleitet werden, dass in der Kurie neben dem Palatin und dem Hofrichter von Fall zu Fall auch andere ordentliche Richter vorgehen können. Darüber spricht der Artikel nicht, was die Grundlage der Eigenschaft eines ordentlichen Richters ist, und auch darüber erfahren wir nichts, ob das ordentliche Richteramt der Rechtsprecher aus ihrer Eigenschaft als Richter in der Kurie folgt. Auch darüber besteht kein Zweifel, dass dieser Gesetzartikel die Rechtsprechung des *ordentlichen Richters* nicht an den königlichen Hof

bindet. Vom objektiven Gesichtspunkt aus bekräftigt diese Auslegung jener Umstand, dass sich der Schwerpunkt der Rechtsprechung des Palatins sowohl am Ende der Arpadenzeit wie auch zu Beginn des Zeitalters der Anjous ausserhalb des königlichen Hofes, auf das Land verlegt hat, und auch seine Kurie auf dem Lande erst um 1342 aufgelöst wurde.⁶ Sowohl sprachliche wie auch sachliche Aspekte sprechen dagegen, dass in den Artikeln des Ratsbeschlusses der Begriff eines ordentlichen Richters mit dem eines Richters in der Kurie identifiziert werden könnte.

Deshalb ist der im Ratsbeschluss erwähnte *judex ordinarius* wahrscheinlich bloss ein vom *judex delegatus* unterschiedener ordentlicher Richter, das heisst ein solcher, der über eine eigene, ordentliche Jurisdiktion verfügt.^{6/a}

Dafür, dass der vom König entsandte Richter als „*judex a rege delegatus*“ bezeichnet wurde, finden wir schon vom Anfang des 13. Jahrhunderts, im Regestrum Varadinense zahlreiche Beispiele,⁷ und von diesem Zeitpunkt an werden sie im Laufe des Jahrhunderts häufig erwähnt. 1297 heisst es zum Beispiel in einer Urkunde des Königs Andreas III. vom Palatin, dass er in einem Prozess „*judex per nos deputatus*“ war.⁸

Dass der *judex delegatus* erwähnt wird, erfordert schon an sich die Kenntnis des Begriffs *judex ordinarius*: ohne das hätte die Erwähnung der delegierten Eigenschaft des Richters keinen Sinn. Der ordentliche Richter ist in einer Urkunde um 1250 erwähnt („*magister Dionisius non fuerit ordinarius judex eorum, sed fuit arbiter inter eos et intellector*“⁹, der im Jahre 1266 zwischen Béla IV. und seinem Sohn abgeschlossene Friedensvertrag bestimmt, dass in den Prozessen der Untertanen der beiden Béla und Stephan persönlich entscheiden werden „*judiciis, in quibus partes condemnate fuerint, suis ordinariis reservatis*“¹⁰. 1274 schreibt Roland, Zipser comes, dass vor ihm „*tanquam coram iudice ordinario*“ die Sachsen von Kirchdrauf mit dem Zipser Propst Prozess führten.¹¹ Im Jahre 1289 einigen sich die Parteien in einem Morgengabe-Prozess vor dem Pressburger Propst, und treffen Vorkehrungen für den Fall, wenn jemand die Sache wieder aufleben lassen würde „*coram quocunque iudice delegato vel ordinario*“¹². Laut einer Urkunde des Kapitels von Raab vom Jahre 1299 erhob sein Bischof wegen Besitzzerstörung Klage „*coram iudicibus ordinariis*“¹³. Der Friedensvertrag des Herzogs von Österreich und des Königs Andreas III. vom Jahre 1291 erklärte, dass Andreas alle aus Österreich oder aus Deutschland stammenden Personen in ihren unter rechtem Rechtstitel in Ungarn erworbenen Besitzen und Rechten bewahren wird, „*salva tamen in omnibus auctoritate iurisdictionis ordinarie ad regem pertinente*“¹⁴. Es ist demnach völlig wahrscheinlich, dass auch der erörterte Ratsbeschluss die Bezeichnung *judex ordinarius* in keinem anderen Sinn gebraucht, wie er im Laufe des ganzen 13. Jahrhunderts gebraucht wurde. Darüber hinausgehend verdient erwähnt zu werden, dass der in der Gerichtsterminologie zur Zeit der Anjous häufige Ausdruck *iustitiarius* auch im 13. Jahrhundert vorkommt und die Kontinuität auch in dieser Beziehung besteht.¹⁵

Aus dem 13. Jahrhundert stammt auch die Art und Weise der Berichterstattung, die das Gesetz über die inquisitiones vorschreibt, die in Gewalttätigkeitsprozessen durchgeführt wurden, welche ordentliche Richter verhandelten. Gemäss dem Artikel 46 sind nämlich die 12 delegierten Adligen verpflichtet „domino regi“, dem König Bericht zu erstatten. In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts adressierten die glaubwürdigen Orte und Komitate nicht allein die Relation über ihre auf Befehl des Königs durchgeführten Tätigkeiten an den Herrscher, sondern auch über solche, die der Hofrichter angeordnet hatte,¹⁶ ja in den letzten Jahrzehnten der Arpadenzeit, da damals auch die Behörde des Vizehofrichters als praesentia regia gegolten hat, wurden auch die Berichte über Handlungen, die in dessen Auftrag durchgeführt wurden, an den König gerichtet.¹⁷ Indem das Gesetz die Schriftlichkeit der an die ordentlichen Richter – zumindest in Gewalttätigkeitsangelegenheiten – zu erstattenden Berichte regelte, wollte es in dieser Weise die Praxis, die sich im Laufe der Rechtsprechung des Hofrichters und des Vizehofrichters in der Arpadenzeit entfaltet hatte, auf die kuriale Rechtspflege des Palatins und anderer Richter ausdehnen. Ausserdem hat vielleicht das Siegel, das der König den delegierten 12 Adligen verlieh, auch seine Vorgeschichte in der Zeit der Arpaden. Eine nahverwandte Erscheinung könnte das Siegel der servientes regis von Zala vom Jahre 1232 sein, falls die Auslegungen J. Holub's über die Zuverlässigkeit dieses, durch G. Hevenesi beschriebenen Siegels richtig sind. Hevenesi vermerkte nämlich, dass er auf der bekannten Urkunde noch ein Siegel mit einem formlosen Doppelkreuz und einer derartigen Inschrift gesehen hat: „Sigillum servientium de Szala“. Holub misst dieser Aufzeichnung aus dem 17. Jahrhundert völlige Glaubwürdigkeit zu. Wenn es tatsächlich ein solches (heute schon unkontrollierbares) Siegel gegeben hat, so dürften das die servientes von Zala genauso vom König erhalten haben wie die Ermächtigung zur Rechtsprechung („licentiam iudicandi et faciendi iustitiam“). Das ist uns jedenfalls bekannt, dass Andreas II. einer privilegierten Gemeinschaft, den Siebenbürger Sachsen im Jahre 1224 ein Siegel bewilligt beziehungsweise verliehen hat, und dies bekräftigt die Wahrscheinlichkeit dessen, dass die von Zala – falls sie tatsächlich ein solches Siegel besaßen – dieses vom König erhalten haben dürften.¹⁸ Wenn sich Hevenesi's Aufzeichnungen über das Siegel deren von Zala für unrichtig erweisen, kann das von Andreas II. im Jahre 1224 den Siebenbürger Sachsen verliehene Siegel auch in diesem Fall als Vorbild jenes Siegels betrachtet werden, das die aus jedem Komitat zu delegierenden 12 Adligen erhalten haben.

Auch der im Artikel 48 verzeichnete Titel des Palatins *dominus palatinus* beruht auf einer Tradition aus dem 13. Jahrhundert: zumindest ist sein kontinuierlicher Gebrauch von 1237 bis 1300 nachweisbar.¹⁹

Wenn wir die Artikel 45 und 46 von dem Gesichtspunkt aus einer Prüfung unterziehen, welche Personen der König mit dem Verfahren betraut, und in welcher Weise dies erfolgt, stossen wir auf sehr interessante Zusammenhänge: „In quolibet comitatu duodecim nobiles con-

scientiosi et fide digni per dominum regem eligendi, ex quibus tamen duodecim nobilibus quattuor debent esse in iudices nobilium.“ Ihre Aufgabe war in Eigenmächtigkeitsangelegenheiten „simul inquirendo sciscitari“, sodann wenn die Wahrheit ermittelt und aufgeklärt wurde, („[inquisita ? scita ?] veritate“), über den Verlauf der Untersuchung („inquisitionis seriem“) Bericht zu erstatten.²⁰

Mit ähnlichen Aufgaben entsandten auch die Herrscher aus dem Hause der Arpaden in einzelne Komitate königliche Kommissare in Angelegenheit von veräusserten Adels- oder Burggütern. So wie zum Beispiel Béla IV. ordnete laut einer (undatierten, aus den Jahren 1257–1270 stammenden) Urkunde den Bischof Paul von Veszprém an, „quod una cum sex nobilibus per vos (sc. regem) mihi adjunctis de facto terrae nobilium de Simigio *inquirerem veritatem*“.²¹ Die Aufgabe war demnach: *inquirere veritatem*, die Bezeichnung jener aber, die damit beauftragt wurden, aufgrund der Aufgabe: *inquisitor veritatis*. Diese Bezeichnung erscheint öfter, so z. B. in den Jahren 1236, 1238 und in einer Urkunde Stephans V. aus dem Jahre 1270. Er delegierte in einer Versammlung des Komitates Eisenburg gleichfalls zum Vorgehen in Grundbesitzangelegenheiten „iudices seu inquisitores veritatis“²² usw. „Inquisitores veritatis“ treffen wir auch in späteren Urkunden an. Am 28. Januar 1302 intitulierte „Petrus comes Novicastro ac quattuor iudices de eodem, Nicolaus comes dictus Churba de Boxa, magister Johannes de Seche, Demetrius comes (filius) Alexandri, Mattheus comes filius Pousa et alii nobiles“ eine Urkunde, wonach Gespan Elias und seine Familie mit Nikolaus Fekete von Tusa und dessen Familie eine Vereinbarung in Angelegenheit gegenseitiger Zerstörungen und Schadenstiftungen getroffen haben. Unter den erledigten Beschwerden befand sich eine Klage „super aratione terrae . . . quam *potencialiter* dixerunt arasse“. Der Vereinbarung gemäss darf Nikolaus gegenüber Elias zukünftig „*Litteras octo inquisitorum veritatis* de Novocastro super destructione villae suae Tusa“ vor Gericht nicht vorweisen.²³ Spätestens vom 2. März 1308 stammt die Urkunde „*iudices jurati et inquisitores veritatis* de comitatu Zobolch“ darüber, dass die vorgeladenen Personen vor ihnen nicht erschienen sind.²⁴

Wenn wir nun die 12 Adligen, die im Gesetz mit der Untersuchung von Gewalttätigkeiten betraut wurden, aufgrund ihres Aufgabenkreises genauer bezeichnen müssten, könnten wir sie mit vollem Recht *inquisitores veritatis* nennen. Die Urkunde vom Jahre 1302 beleuchtet auch nähere Beziehungen: die Anzahl der vom Gesetz delegierten Adligen beträgt mit Hinzurechnung der Stuhlrichter 12, ohne die letzteren 8. Auch die Urkunde erwähnt 8 *inquisitores veritatis* des Komitates Novicastro. Bei Hinzurechnung der in der Urkunde dem Namen nach genannten 4 *iudices*, erhalten wir die im Gesetz vorgeschriebene Zahl 12. Dies können wir um so mehr tun, da die Urkunde neben dem Gespan und den 4 Stuhlrichtern auch „alii nobiles“ intitulierte haben, unter denen gewiss die *inquisitores veritatis* zu verstehen sind, genauso wie auch die Urkunde des Komitates Szabolcs die „*iudices jurati et inquisitores veritatis*“ gemeinsam intitulierte haben. Aus den Angaben des Komitates Novicastro

geht ausserdem auch das hervor, dass die *inquisitores* zu jener Zeit schon nicht allein in Bodenbesitz-Angelegenheiten vorgingen, sondern auch in solchen der Besitzerstörung. Dies ist eine noch unmittelbarere und wichtige Übereinstimmung mit dem im Ratsbeschluss vorgeschriebenen Aufgabenkreis der 12 Adligen. Das hingegen kann kaum bezweifelt werden, dass das in der vom Anfang des Jahres 1302 datierten Urkunde beschriebene Verfahren ein Spiegelbild der Praxis zur Zeit der Arpaden ist. Die Verfügungen des Ratsbeschlusses entsprechen demnach auch in dieser Hinsicht dem Rechtsleben vom Ende des 13. Jahrhunderts.

Die Frage der *inquisitores veritatis* führt zu einem — in der Literatur um vieles ausführlicher behandelten und als abgeschlossen geltenden — Problem hinüber: zur Entstehung des Magistrats des adeligen Komitats, des Stuhlrichteramtes. Unter den auctores der Urkunde des Komitates Szabolcs figurieren nebeneinander die „*judices jurati et inquisitores veritatis*“, so wie dies auch dem Artikel 45 zu entnehmen ist. Nun aber birgt die Auslegung des Artikels 45 hier Schwierigkeiten und Fallen in sich. Wie ist dieser Satz zu erklären: „*in quolibet comitatu duodecim nobiles . . . per dominum regem eligendi, ex quibus duodecim nobilibus quattuor debent esse in iudices nobilium*“? Kovachich reagierte in seinem Kommentar auf dieses Problem, er nahm es wahr nahm jedoch ihm gegenüber keine entschiedene Stellung ein.²⁵ Ausser ihm würdigte auch P. Török diese Schwierigkeit einer Beachtung. Seine Lösung geht dahin, dass der Sinn der Massnahme war, wonach die Stuhlrichter vom König ernannt wurden. Seine Auffassung unterstützte er auch mit einer urkundlichen Angabe: er berief sich auf eine Urkunde des Kollegiatstifts von Pressburg vom 6. Juni 1301. Demnach entfloh der Sohn Michael des Andreas de Chollokuz zum Zeichen seiner Schuld dem Gericht, weshalb er von „*quattuor iudices a domini rege deputati ac alii nobiles et iobagiones castri quamplures*“ zum Verlust seiner Güter verurteilt wurde.²⁶

Die vor 65 Jahren erfolgte Feststellung von P. Török fand in der Fachliteratur keinen Widerhall, ja selbst keine kritische Bemerkung, obwohl seine Interpretation — wenn sie auch sprachlich nicht die einzige, ausschliesslich richtige Lösung darstellt — einer der *möglichen Lösungen* unter den Auslegungen der Gesetzesstelle immerhin unmittelbar nahe kommt.

Wo und in welchem Sinn ist eine Anwendung der Redewendung „*esse in aliquem*“ zu finden, die das zu klärende Problem aufwirft? Ich selbst möchte auf den Text der Psalmen und des Buches des Profeten Jesaia hinweisen, wo wichtige, in Betracht zu ziehende Parallelen zu finden sind. Der Abfasser des Gesetzestextes ist unter den Klerikern in der königlichen Kanzlei (oder vielleicht in einem unserer glaubwürdigen Orte?) zu suchen. Diese lernten des Psalterium, das ihnen als Lehrbuch diente, schon anlässlich ihrer Grundstudien kennen, beteten es allwöchentlich bei ihren Offizien, sein Wortlaut war ihnen daher geläufig. Es besteht daher vorweg die Wahrscheinlichkeit dessen, dass sie bei Verrichtung ihrer schriftlichen Aufgaben auch einiges aus den ihnen wohl bekannten Wendungen der Psalme angewandt haben. Der diesbezügliche Ausdruck

kommt sogar in zwei Psalmen, ziemlich nahe zueinander vor, und das Zusammenklingen vermochte ein Festhalten des Ausdrucks in ihrem Gedächtnis nur noch mehr fördern. Diese Psalmesstelle lautet – in beiden Varianten – wie folgt: „*Esto mihi in deum protectorem et in domum refugii, ut salvum me facias*“ (Ps. 30, 3) beziehungsweise „*Esto mihi in deum protectorem et in locum munitum, ut salvum me facias*“ (Ps. 70, 3). Daraus kann die Bedeutung des „esse in aliquem (aliquid)“ klar entnommen werden: „sich zu jemandem gestalten, zu etwas werden, fieri“. Dieser Abschnitt des 30. Psalmes leitete auch den Introitus im Messtext des siebenten Sonntags vor Ostern ein, wurde zum Namensgeber des Sonntags *Esto mihi*, und erstarrte dadurch in den Urkunden zu einem zeitbestimmenden Ausdruck. Diese Wendung war den in der Hofkanzlei und an den glaubwürdigen Orten arbeitenden Männern keinesfalls unbekannt, auch der Abfasser des Gesetzestextes dürfte sie in dem Psalmwortlaut entnehmbaren, erwähnten Sinn gebraucht haben.²⁷ (Eine Bibelstelle ähnlichen Sinnes ist Jes. 56, 6: „esse in servos“)²⁸

In Berücksichtigung dessen könnte die Übersetzung des untersuchten Satzes des Artikels 45 – *ex quidem duodecim* – folgendermassen lauten: „von den 12 Adligen müssen vier zu Stuhlrichtern werden“. Diese Übersetzung steht jedenfalls im Einklang mit dem Wortlaut des Gesetzes, und auch die erwähnten Parallelen unterstützen sie, obwohl sie auch andere Auslegungsmöglichkeiten nicht ausschliesst. Vom sprachlichen Gesichtspunkt aus betrachtet, enthält sie wohl jene Bedeutung, die ihr P. Török zugemessen hat, – dass nämlich die Stuhlrichter vom König ernannt wurden – nicht, sie schreibt bloss vor, dass von den durch den Herrscher delegierten 12 Adligen vier zu Stuhlrichtern werden müssen. Auf welche Art und Weise, davon ist keine Rede. Aufgrund einer solchen Auslegung konnte die Stuhlrichter der König selbst ernennen, sie konnten aber auch aus der Reihe der vom König delegierten 12 Personen durch die Adligen gewählt werden.

Das Gesetz enthält in bezug auf die Organisation des adligen Komitats eine solche Verfügung, welche die Stuhlrichter zumindest in einem solchen Ausmass als *königliche* Organe hinstellt, wie die Würdenträger der *adligen Selbstverwaltung*. Eine sprachliche Analyse des Textes weist darauf hin, dass die Feststellung P. Török's wenigstens annähernd richtig ist.

Wenn wir die Sache vom Gesichtspunkt der Praxis aus betrachten, finden wir noch interessantere Erscheinungen. Vor allem ist jenes Mandat zu erwähnen, die der Palatin im Jahre 1291 an die 4 „*judicibus nobilium in comitatu de Barana per dominum regem deputatis*“ gesandt hat.²⁹ Ähnliche Angaben sind auch aus dem Komitat Pressburg bekannt: der comes curialis von Pressburg verfügte 1295 zusammen mit 7 „*judicibus per ... Andream ... regem deputatis*“ in einer Bodenbesitzangelegenheit.³⁰ Im Jahre 1298 sprach der Gespan von Zólyom und Pressburg das Urteil gleichfalls in einer Bodenbesitzsache „*una cum judicibus a ... Rege deputatis in comitatu Poseniensi et aliis quampluribus nobilibus et iobagionibus castri*“.³¹ P. Török zitierte eine Urkunde aus dem Jahre 1301

über das Wirken der vom König deputierten 4 Richter im Komitat Pressburg (siehe weiter oben), im Jahre 1311 urteilender *curialis comes* von Pressburg und „*quattuor iudices . . . a domino rege deputati*“³², 1313 erscheinen an der Seite des *comes* und *curialis comes* von Pressburg „*quattuor iudices . . . a rege . . . comicie (!) Poseniensi pro presenti negotio et quibuslibet aliis agendis deputati*“³³. Eigenartig und kennzeichnend ist die *um die Wende des 13. und 14. Jahrhunderts* entstandene, undatierte Urkunde, die neben Paul, *curialis comes* von Neutra, „*Mauricius nobilis de Bab, iudex in provincia Nitriensi per M(atheum) palatinum constitutus*“ erwähnt.³⁴

Diese Angaben werfen hinsichtlich der Komitatsorganisation sehr wichtige, bisher nicht erörterte Probleme auf. (Auf diese will ich bei einer anderen Gelegenheit zurückkommen.) Aufgrund des Gesetzestextes erscheint jene *sprachlich* mögliche Interpretierung auch *sachlich* für akzeptierbar, wonach das Stuhlrichteramt durch Adlige bekleidet wurde, die der König beauftragt hat. Die Ernennung der Stuhlrichter dürfte der Herrscher um die Wende des 13–14. Jahrhunderts in einem solchen Ausmass ausgeübt haben, und dies durfte so sehr als „Hoheitsrecht“ gelten, dass es im Komitat Neutra auch der Oligarch Matthäus Csák für richtig erachtet hat in Anspruch zu nehmen. Wenn sich die adelige Selbstverwaltung im Komitate bis zu dieser Zeit auch einigermaßen entwickelt hat, geriet ihr derartiges zweifellos nicht zum Wohle. Es mag möglich sein, dass wir die Sache als eine Notmassnahme betrachten können, die hinsichtlich des Königs die ausserordentliche Lage erfordert hat. Das ist immerhin gewiss, dass es unbedingt eine den Interessen der zentralen Macht dienende Massnahme war, die auch das Gesetz sanktionierte. Die Ernennung der Stuhlrichter durch den König kann im Komitat Pressburg auch in den 1310er Jahren nachgewiesen werden, hingegen ist es auch unbestreitbar, dass dies die Fortsetzung der Praxis zur Zeit des Königs Andreas III. war, und dass das Gesetz damit eine in der Arpadenzeit wurzelnde Praxis kodifiziert hat.

Die Organisation des Komitatsgerichtes kräftigte sich jedenfalls bis zum Ende des 13. Jahrhunderts so weit, dass laut einem an Andreas III. gerichteten Bericht des Domkapitels von Erlau sein Beauftragter den *curialis comes* von Gömör und die 4 Stuhlrichter „in villa Gumur *in sede judiciali*“ beisammen angetroffen hat,³⁵ was ebenfalls dafür spricht, dass diese auch später gebräuchliche Bezeichnung der wichtigen Institution aus der Arpadenzeit stammt und damals angewandt wurde.

II

Hinsichtlich der Terminologie des *Prozessrechts* ist es interessant, dass dieser Ratsbeschluss solche lateinische Ausdrücke enthält (allerdings nicht ausschliesslich), die auch in den Urkunden aus dem 14. Jahrhundert und aus späterer Zeit allgemein gebräuchlich sind. So wird der Kläger als *actor*, der Beklagte als *in causam attractus*, die Prozessführenden als *causantes*, der Prozessgegner als *pars adversa* bezeichnet.³⁶ Von ungarländischen Gesetzen gebraucht es als erstes diese Ausdrücke, und weist

in dieser Beziehung — wie dies Szilágyi hervorgehoben hat³⁷ — eine entschiedene Übereinstimmung mit dem Dekret vom Jahre 1351 auf. Gewiss ist jedenfalls, dass diese Bezeichnungen auch im ungarländischen Latein vom 13. Jahrhundert bekannt sind³⁸, somit besteht zwischen dem Verfahrensrecht zur Zeit der Arpaden und der prozessrechtlichen Terminologie des Ratsbeschlusses ein Zusammenhang, eine Kontinuität. Hierher gehört — obwohl das Problem über die Beziehungen des Ratsbeschlusses hinausgeht und den weiteren Fragenbereich des Verhältnisses zwischen dem Prozessrecht des 13. Jahrhunderts und jenem zur Zeit der Anjous betrifft — die Feststellung der Tatsache, dass wir sowohl dem Begriff „*judex suspectus*“ wie auch der Erklärung des Prinzips „*actor sequitur forum rei*“ auch im Rechtsleben zur Zeit der Arpaden begegnen.³⁹

III

Dieses Gesetz verfügt auch als erstes über die Haftungspflicht: es verpflichtet den Verkäufer eines Adelsbesitzes zur Erfüllung der übernommenen Haftung⁴⁰. Das Wort *Haftungspflichtiger* (*szavatos*) kennen wir in der vulgären Sprachform „*zuodus*“ aus dem Jahre 1235.⁴¹ Die Quellen nannten die Haftung im 13. Jahrhundert lateinisch im allgemeinen „*expeditio*“ oder „*expeditoria cautio*“. Das Domkapitel von Fünfkirchen gebrauchte in seiner Urkunde vom Jahre 1296 bereits den Ausdruck römischer Herkunft „*evictio*“, in einer Urkunde des Königs aus dem Jahre 1299 aber können wir die Unterscheidung *generalis* und *particularis evictio* lesen.⁴² Im 13. Jahrhundert weisen die auf die Haftung bezüglichen Formeln des Urkundenmaterials eine gewisse Mannigfaltigkeit auf.⁴³ Bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts ging die Haftungspflicht — durch Vermittlung der Praxis der glaubwürdigen Orte — vom Gemeinrecht auch in das Öfner Recht über. Die Stadt Ofen nennt diese Rechtsinstitution schon 1318 ihre „*antiqua consuetudo*.“⁴⁴

Interessant ist, dass schon sehr früh, im Jahre 1213, gelegentlich einer zwischen Geschwistern erfolgten Besitzübertragung die den Besitz abtretende Partei erklärt: wenn jemand seinen Bruder wegen dem ihm übergebenen Besitzanteil gerichtlich belangen würde, er — der Abtretende — nicht verpflichtet ist ihn in seinem Besitz zu schützen („*datam a se partem tueri non teneretur*“).⁴⁵ 1275 wird in einem vor dem Domkapitel von Erlau geschlossenen Bodenkaufvertrag festgelegt, dass der Verkäufer, der zur Veräußerung seines als Donation erhaltenen Bodenbesitzes über eine königliche Bewilligung verfügte, erklärt: falls die Käufer wegen des erstandenen Bodenbesitzes im Prozesswege angefochten werden, er eine Haftung keinesfalls übernehme („*nequaquam assumpsit expedit*“).⁴⁶ Der die Haftung ausschliessende beziehungsweise einschränkende Punkt wurde im ersteren Fall seitens des den Boden abtretenden Bruders, im anderen Fall seitens des Verkäufers offenbar darum urkundlich festgelegt, weil sie das Gefühl hatten, dass sie ohne diese Ausmachung aufgrund der sich entwickelten Praxis zur vollen Haftung verpflichtet wären. Dies alles weist darauf hin, dass die Haftungspflicht im Recht der

Arpadenzeit schon eine in ziemlich weitem Kreis verbreitete Institution war, und im geprüften Ratsbeschluss als Ergebnis der Rechtsentwicklung des 13. Jahrhunderts kodifiziert wurde.

IV

Auch die Verfügung des Gesetzestextes über die *Vorladung* lässt Antezedentien aus der Arpadenzeit erkennen. Laut Artikel 47 ist die des Diebstahls, des Raubes, des Mordes, der Gewalttätigkeit usw. bezichtigte Person („reus vel ille, contra quem fit querimonia“) durch die 12 delegierten Adligen nur zweimal vorzuladen, zum dritten Mal aber ist sie zu proklamieren, somit sind sämtliche derartige Prozesse zum dritten Termin abzuschliessen.⁴⁷

Gemäss der Fachliteratur war zur Zeit der Arpaden (zumindest im 13. Jahrhundert) sowie auch später unter den Anjous, bis zum Ende der Regierungszeit Ludwigs I. (1342–1382), die siebenfache *evocatio* gebräuchlich, und eine solche gesetzliche Verfügung, die das Verfahren — ähnlich wie der geprüfte Ratsbeschluss — abkürzt (nämlich nach zweimaliger Vorladung *proclamatio*,) ist später nur aus dem Jahre 1439 bekannt.⁴⁸

Trotzdem gibt es in den prozessrechtlichen Denkmälern aus der Arpadenzeit Momente, deren Beziehungen mit den Verfügungen des Ratsbeschlusses kaum verneint werden könnten.

Vor allem schreibt Artikel 26 des als III. Gesetz Ladislaus' des Heiligen bekannten Dekrets dreimalige *citatio* mit Siegel vor und ordnet gegenüber dem auch weiterhin fernbleibenden Beklagten dessen Sachfähigkeit und Verkauf als Knecht an.⁴⁹ 1236 belangte der Lector von Stuhlweissenburg vor dem Palatin die *udvarnici regales* von Ecsér vor Gericht, weil sie die Grenzzeichen auf einem seiner Güter eigenmächtig entfernt haben. Die *udvarnici* waren auf zwei Vorladungen nicht erschienen, im Gegenteil, sie zerstörten zwei Dörfer des Domherrn, vertrieben seinen Verwalter und verprügelten zu guter letzt auch den die zweite Vorladung vornehmenden *Pristalden*. Der Richter setzte hierauf einen dritten Termin an, und verfügte, dass sie bei dieser Gelegenheit auch die auf sie wegen des zweimaligen Fernbleibens bemessene Geldbusse zu entrichten haben. „Quia etiam tunc non per se, sed per homines nomine Symeon scilicet et Petrum filium Albeus comparuerunt, nec responderunt, magistro Z(canonico) etiam tunc personaliter comparente, et quia tunc *in tercio termino simpliciter remanere debuissent propter negligentiam, cum non de furto ageretur, propter minam tamen eos in iudicio adjudicavimus et eis terminum quartum assignavimus*“.⁵⁰ Aus der Anmerkung der Urkunde geht hervor, dass wenn es sich um einen Diebstahl gehandelt hätte, die Beklagten nach dem Fernbleiben vom dritten Termin verurteilt worden wären, wie das Gericht in folgenden zwei Fällen vorgegangen ist. Im Jahre 1273 hat der Palatin die durch Akklamation der Versammlung des Komitates Zala des Diebstahls, Raubs und öffentlichen Verbrechens bezichtigten beiden Brüder in ihrer Person und ihrem

Vermögen verurteilt, weil „iuxta regni consuetudinem legitime presentibus omnibus ad justificandum se semel, secundo et tertio evocati nec ad primam, secundam, tertiam, immo ad nullam congregationem nostram venire procurarunt.“⁵¹ Das gleiche trug sich auf der gemeinsamen Versammlung der Komitate Somogy und Zala im Jahre 1276 zu. Hier wurde Martonos durch Akklamation als Dieb und Räuber gebrandmarkt, weil er „tribus terminis assignatis“ nicht erschienen war. Sein Nachbar wurde ermächtigt ihn zu töten, wo er seiner habhaft wird, so, dass auch sein Besitz ihm zufalle.⁵²

Im Jahre 1299 wurde Ladislaus, der Sohn Johannes de genere Aba wegen Wegelagerung gegenüber dem Banus Rafain zum Tode und zu Vermögensverlust verurteilt. Ladislaus hatte nämlich die Untertanen des Banus Rafain am 31. Juli des vorangehenden Jahres, als sie mit ihren Waren beladen nach Debrecen heimkehrten, bei Kókad überfallen, ausgeraubt und drei von ihnen getötet. Banus Rafain hat dies am 11. März 1299 vor dem Domkapitel von Wardein mit Zeugen nachgewiesen. Die Urkunde des Domkapitels von Wardein hierüber hat Rafain (wahrscheinlich um den 1. Mai) dem König vorgelegt, doch war sein Gegner, Ladislaus nicht erschienen „um den Prozess nach altem Landesbrauch durch Eidleistung oder durch einen Zweikampf abzuschliessen“. Ladislaus wurde daher für den 8. Juli abermals vorgeladen, doch blieb er auch diesmal fern. Rafain wandte sich daher am 17. Juli im Reichstag an den König, der Herrscher aber verurteilte den Beklagten „absque strepitu iudicii“.⁵³

Die Übereinstimmung dieses letzteren Falles mit der zitierten Verfügung des Ratsbeschlusses ist fast augenfällig: zur Beweisführung wurde der Beklagte nur zweimal vorgeladen, beim dritten Mal wurde er in merito verurteilt.

Die Antezedentien der Vorschriften des Gesetzestextes bezüglich der Vorladung in der Arpadenzeit sind demnach klar erkennbar.

In der wichtigen Frage der Prozessvertagung in Besitzangelegenheiten verfügen die Artikel 63, 64 und 65 des Gesetzes.⁵⁴ Wie L. Szilágyi hierauf hinweist, schreiben diese Artikel vor allem vor, dass sich der Beklagte nach seinem Erscheinen vor dem Richter unverzüglich zu verantworten hat, und verbieten eine Vertagung auf Wunsch der Parteien sowie unter dem Titel der *prioritas termini*. Die Ursache der Prozessvertagung unter letzterem Rechtstitel war, „die Inanspruchnahme in einem anderen Prozess, vor einem anderen Gericht zu einer Zeit, dass (die Partei) deshalb zum festgesetzten Termin nicht erscheinen konnte, dies jedoch zum festgesetzten Termin durch eine seinerseits entsandte Person (assumptor termini) angezeigt hat“.⁵⁵ Der Ratsbeschluss lässt eine Vertagung nur zwecks Vorweis von Urkunden zu, und zwar drei: die erste ohne Verhängung einer Busse, die zweite und dritte unter Androhung einer Busse von 3 Mark. Für den Kläger schreibt er eine „königliche Busse“ (judicium regale) vor, falls er zwecks Urkundenvorweis die drei Prorogationen in Anspruch nehmen wollte. Das Gesetz verfügt in dieser Weise, dass die in Besitzsachen eingeleiteten Prozesse *innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden müssen*.⁵⁶ Diese Vorschrift weist — laut Feststellung

L. Szilágyi's — eine auffallende Übereinstimmung mit Artikel 25 des Gesetzes vom Jahre 1351 auf,⁵⁷ der ebenfalls die Beendigung der Besitzstreite zum dritten Termin bestimmt.

Diese Artikel haben aber auch Beziehungen zur Arpadenzeit. Für ein Vorkommen des Fachausdrucks „*prioritas termini*“ und für eine Prozessvertagung unter diesem Titel führte wohl die Fachliteratur bisher kein Beispiel aus der Arpadenzeit an, die Bestimmung des Gesetzes hat jedoch solchen Charakter, dass wir an einer Kenntnis von Prozessvertagungen im 13. Jahrhundert unter diesem Titel kaum zweifeln können. Der Ratsbeschluss *verbietet* nämlich die Verwendung der „*prioritas termini*“ als Rechtstitel der Vertagung, nicht dass er dies einführen würde. Dieses Verbot erfordert unter allen Umständen, dass die *prioritas termini* vor dem Erlassen des Gesetzes bekannt war und angewandt wurde. Dies ist kaum eine Neuerung Karls, selbst wenn das Gesetz eventuell zwischen 1312 und 1315 entstanden ist. In diesem Fall bezieht sich nämlich das Verbot auf einen Rechtstitel der Prozessvertagung aus der Zeit vor den Anjou's.⁵⁸

Die masslose Prozessvertagung versuchte man in der Arpadenzeit einzuschränken, in mancher Beziehung in einer dem geprüften Gesetz ähnlichen Weise.

Laut Artikel 64 des Gesetzes König Kolomans (1095 — 1116) zum Beispiel soll jener, der seine Angelegenheit in 3 Gerichtssessionen nicht beenden wollte (in *tribus concilliis*), mit seiner Klage nicht mehr angehört werden.⁵⁹

Laut der berühmten Urkunde der Servienten von Zala erschienen zum ersten, für die Zeugenaufringung festgesetzten Termin nur der klagende Bischof und dessen Zeugen, der beklagte Banus Atyusz blieb jedoch fern. Als zweiter Termin wurde die Oktave des Heiligen Johannes des Täufers festgesetzt, „in quo finaliter procedatur“, doch der Banus sandte seinerstatt nur einen „*nuncius simplex*“, um einen neueren Termin zu verlangen. Das Gericht gewährte auch einen dritten Termin, obwohl schon beim zweiten Termin „*sentenciam tulisse debuissemus*“. Der Banus blieb aber auch diesem fern, die Richter hingegen entschieden den Streit zugunsten des Bischofs.⁶⁰ 1234 wurde Mikó in Sachen eines verpfändeten Gutes vor den Vizepalatin geladen. Dem Urteilsbrief gemäss ist er „in quatuor terminis nunquam comparuit, quem de jure . . . pro offensione tot terminorum pro convicto habere debuissemus“.⁶¹ Im Jahre 1266 bezogen Béla IV. und sein Sohn Stephan es auch in den Friedensvertrag ein, dass Béla und sein Sohn in den Streitigkeiten unter ihren Untertanen nur zu drei Terminen (in *tribus terminis solummodo et non pluribus*): zur Mitte der Fastenzeit, zur Feier Mariä Geburt und am Sankt Nikolaus-Tag verhandeln, beurteilen und entscheiden („*tractentur, judicentur et decidentur*“) werden.⁶² Dieser in den Friedensvertrag einbezogene Punkt enthält durch die Festlegung der drei Termine schon jene Verfügung des Ratsbeschlusses, dass die Streitigkeiten innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden müssen.

Mit Aufschüben, die zwecks Vorlegung von Urkunden verlangt wurden, konnten die Besitzstreite auch zur Arpadenzeit nicht unbeschränkt in die Länge gezogen werden. Hajnik stellte aufgrund einer Angabe vom Jahre 1228 fest, dass „zwecks Vorlegung eines Privilegs ... drei Termine bestimmt wurden“.⁶³ Das Domkapitel von Veszprém verlor 1270 – nebst anderen Gründen – deshalb seinen zwecks Verteidigung seines Rechts zur Quenteinhebung eingeleiteten Prozess, weil es sein diesbezügliches Privileg „in tribus terminis ad hoc sibi successive et legitime (assignatis) curavit minime exhibere“.⁶⁴

Die im Laufe von Besitzstreiten zwecks Vorlegung von Urkunden gewährten drei Termine dürften im Abwicklungsbrauch eines anderen (nicht prozessualen) Rechtsgeschäftes wurzeln, im Falle einer Besitzübertragung wurde nämlich die den Besitz veräussernde Partei dreimal aufgefordert die sich auf den verkauften Besitz beziehenden, bei ihm befindlichen früheren Urkunden vorzuweisen, und wenn er dies unterliess, wurden jene Urkunden für ungültig erklärt.⁶⁵

VI

Der Ratsbeschluss befasst sich verhältnismässig viel mit der Prozessbusse. Vom terminologischen Gesichtspunkt aus ist es interessant, dass er das lateinisierte Wort ungarischer Herkunft *birsagium* gebraucht.⁶⁶ Er unterscheidet eine einfache Geldbusse von 3 Mark und eine königliche Busse (*gravamen iudiciorum regalium*).⁶⁷ Erstere wurde dem Beklagten, letztere dem Kläger auferlegt, falls sie zwecks Vorweisung ihrer Urkunden um Prozessvertragung ansuchten.

Bezüglich der Eintreibung von Geldbussen verfügt er in dem Sinn, dass wenn jemand wegen Gewalttätigkeit, Vorweisung falscher Urkunden oder *calumnia* verurteilt wurde, „dessen Güter seitens der Richter oder ihrer Männer nicht vergeudet werden sollen, der Besitzanteil eines solchen Verurteilten ist vielmehr in Gegenwart eines der Geschworenen zugunsten des Richters und der Prozessgegner zu beschlagnahmen, die jenen – ohne Ausbeutung – (*absque desolatione*) so lange in ihrem Besitz behalten sollen, bis der Verurteilte dem ordentlichen Richter und dem Gegner die Geldbusse im Sinne des Beschlusses der Barone nicht bezahlt“.⁶⁸ Im Falle kleinerer Geldbussen „ist ein so grosser Teil in der früher besprochenen Art und Weise zu beschlagnahmen, der den Richtern bis zur Bezahlung gebührt“.⁶⁹ Die beschlagnahmten Felder konnte der Vollstreckungsschuldner oder „alii, quibus congruit“ (also sicherlich die Verwandtschaft und Nachbarschaft) für 3 Mark je *Aratrum* ablösen.⁷⁰ Die eingebrachte Geldbusse war – nach Vergütung des Schadens des Klägers – wie folgt aufzuteilen: „ein halber Teil gebührt zur Gänze der geschädigten Partei (*lesus*), von dem (zweiten) halben Teil gehören zwei Drittel dem ordentlichen Richter, der im Streit das Urteil fällt (*iudex ordinarius*), ein Drittel den die Eintreibung vollstreckenden geschworenen Adligen (*jurati*)“.⁷¹

Über die Beziehungen der obigen Vorschriften, die sich mit den Geldbussen befassen, zur Arpadenzeit können wir folgendes sagen.

Das Wort *birsagium* wird im Privileg Stephans V. vom Jahre 1271 und in der Urkunde Ladislaus' IV. vom Jahre 1276 gebraucht.⁷²

Der königlichen Geldbusse begegnen wir zuerst im Jahre 1213, als einer für den Fall der Nichteinhaltung der Prozessvereinbarung eingeräumten Strafe,⁷³ und von diesem Zeitpunkt an kommt sie häufig vor.⁷⁴ Ihr gegenüber nennt Andreas II. im Jahre 1224 die einfache Geldbusse „*judicium consuetudinarium*“.⁷⁵

Über das Gewicht und die Menge der einfachen Geldbusse im 13. Jahrhundert stehen uns Daten zur Verfügung, auf die königliche Geldbusse können wir demgegenüber indirekt folgern. Laut Hajnik betrug die einfache Geldbusse zur Zeit der Anjous 3 Mark, wie dies auch das Gesetz anordnet, der Betrag der königlichen Busse, von dem im Gesetz keine Erwähnung getan wird, war 6 Mark.⁷⁶ Ein positiver Beweis für den Ursprung der Geldbusse von 3 Mark aus der Arpadenzeit ist die Angabe aus dem Jahre 1294, die von „*gravamen viginti judiciorum, quae in toto sexaginta marcas faciunt*“ spricht.⁷⁷

Auch zur Zeit der Arpaden war es üblich, die verurteilte Partei in der Weise zur Bezahlung einer Geldbusse an den Richter und die obsiegende Partei zu zwingen, wie solches der Ratsbeschluss vorschreibt. So wies der Palatin 1250 und 1254 seinen Schergen an, die Witwe des Banus Osl in Gegenwart des Vertreters des Domkapitels von Raab in den Besitz Csäléd einzuweisen „*super tanta summa pecunie, sicut continebitur in literis nostris prioribus*“.⁷⁸ In der Versammlung des Komitates Somogy verfügte der Gespan 1276 auf königlichen Befehl in dem Sinn, dass der geschädigte Kläger wegen eines Schadenersatzes von 125 Mark in den Besitz der sich widersetzenden Beklagten einzuweisen sei, wo er so lange verbleibe, bis sich dieser Betrag zu seinem Gunsten ergibt („*mansurus in eadem, quamdiu sibi ipsa summa pecunie completeretur*“).⁷⁹

Bei einer solchen Besitzeinweisung, bei der es sich um einen Verbleib bis zum fünfzehnten Tag handelt, erklären die Urkunden des 13. Jahrhunderts wiederholt, dass die Sache „*sine destructione possessionis*“, „*absque possessionis damno*“ zu erfolgen hat.⁸⁰ Interessanterweise kann zwischen der diesbezüglichen Abfassung des Gesetzes und den Formeln der zitierten Urkunden eine Verwandtschaft beobachtet werden.

Die Fachliteratur klärte es noch nicht, in welchem Verhältnis im 13. Jahrhundert der Richter und das Komitat an den eingebrachten Geldbussen beteiligt waren. Darüber hingegen stehen uns Daten zur Verfügung, dass es auf dem Gebiete seines Komitats Aufgabe des Gespans war, von den durch den Palatin verurteilten Personen die Geldbusse zugunsten des Palatins und der Obsiegenden einzuheben: „*actoribus de populis in comitatu vestro existentibus, qui coram nobis (sc. palatino) remanserant, judicia nostra exigeretis et adversariis satisfaceretis*“, — schrieb zwischen 1250 und 1254 der Palatin an den Gespan von Ödenburg. Dies wird als Landesbrauch („*secundum consuetudinem regni*“) bezeichnet. Von dem eingehobenen Betrag übernahm der Beauftragte des Palatins

den Anteil seines Herren, und auch der Gespan des Komitats war daran beteiligt („partem que nos pro nostris judiciis contingit, per hominem nostrum nobis mittatis, partem vero, que vos contingit, recipiatis vobis, sicut debetis“).⁸¹

Das den Nachbarn und Verwandten gesetzlich zugesicherte Recht der Ablösbarkeit der zugunsten des Richters und des Gegners beschlagnahmten Felder blieb auch im 13. Jahrhundert geltend. Als der Palatin zwischen 1250 und 1254 seinen Schergen anwies, die Witwe des Banus Osl in den Besitz Család wegen eines ihr zustehenden Geldbetrages einzuliefern, liess er zugleich einen Termin dafür festsetzen, dass die Nachbarn – wenn sie wollen – den Besitz für sich ablösen können.⁸² Im Jahre 1299 verurteilte der Palatin jemanden in der Versammlung des Komitats Zemplén wegen seiner Schadenstiftungen (*propter nocumenta*) in Person und Besitz, seine Besitzanteile aber fielen dem Palatin zu („per formam *registri nostri* propria in persona remansisset condemnandus, et porciones sue, quas habuit, in terris Nogmezeu, Anduriasfelde et Rubren vocatis, ad nostras (palatini) manus ... fuissent devolute“). Diese Besitzteile löste nachher der Bruder des Verurteilten vom Palatin aufgrund einer Schätzung der vier Stuhlrichter und anderer für 6 Mark ab, was in Gegenwart des Beauftragten des glaubwürdigen Ortes und des Vertreters des Palatins abgewickelt wurde. Begründung: „palatinus nec alter aliquis iudex possessiones tali articulo adquisitas contra redempcionem fratrum, cognatorum et vicinorum de jure non possit possidere“.⁸³ Diese Urkunde des Palatins unterrichtet auch über interessante Momente der Busseintreibung: von Bedeutung sind die Berufung auf das über die Verurteilten geführte Register und jene grundsätzliche Begründung, mit der die Ablöse des beschlagnahmten Besitzes erklärt wird. Auffallend ist, dass der Besitzteil aufgrund der Schätzung für sechs Mark abgelöst wurde; diese Summe ist das ganzzahlige Vielfache (Zweifache) jener 3 Mark, mit der laut Gesetz ein Feld im Ausmasse eines Aratrum abgelöst werden konnte.

Die Verfügungen des Gesetzes über die Geldbussen können demnach mit dem, was wir aus den Urkunden über die Geldbussen und deren Eintreibung im 13. Jahrhundert in Erfahrung bringen können, gut in Einklang gebracht werden.

VII

Eine bedeutende Frage der Rechtsgeschichte ist es, wann in ungarländischen Rechtspflege die Begriffe der Gewalttätigkeit, des öffentlichen Verbrechens und der Vorweisung einer falschen Urkunde, ferner die *sententia capitalis* und als Beweismittel die Inquisition in Erscheinung treten.

Über diese verfügen mehrere Artikel des besprochenen Ratsbeschlusses.⁸⁴ Die Abhaltung einer Inquisition ordnet der Artikel 45 „in factis potentiae, homicidii, injurarium, furti, latrocinii et aliorum similium“ an.⁸⁵ Hierher zählte auch „siquis aliquem non causaliter, sed poten-

tialiter ex concepta malitia“ ermordet hat (Artikel 52),⁸⁶ sowie auch wenn ein Adliger das Eigentum eines anderen „potentialiter in campis vel extra villam receperit et ratione hujus in facto potentiae convictus extiterit“ (Artikel 56).⁸⁷ Das „factum criminale“ erwähnt Artikel 48, wonach in solchen der Palatin und der Hofrichter Recht sprechen.⁸⁸

Den Kunstaussdruck der Vorweisung einer falschen Urkunde können wir in den Artikeln 50 und 79 lesen.⁸⁹

Strafe des vorsätzlichen Mordes ist laut Artikel 52: „vindicta capitis“,⁹⁰ und mit der gleichen Strafe wurden — gemäss Artikel 79 — Gewalttätigkeit, calumnia, Diebstahl, Raub und die Vorweisung falscher Urkunden geahndet.⁹¹

Die Beziehungen der besprochenen Gesetzesstellen zum 13. Jahrhundert sind sehr eng.

Die Rechtsterminologie der Arpadenzeit sprach verhältnismässig häufig über „gewalttätig“ („potencialiter, per potenciam“) begangene Rechtsverletzungen:

im Falle der Vertreibung aus dem Besitz, des Zwanges der Besitzübergabe, der gewaltsamen Besitzergreifung,⁹² im Falle des Angriffs auf das Dorf, der Plünderung und Zerstörung,⁹³ bei Frauenraub,⁹⁴ bei Diebstahl,⁹⁵ beim Wegpflügen fremden Ackerlandes,⁹⁶ bei rechtloser Mauteinhebung,⁹⁷ bei Verprügelung eines Beauftragten einer königlichen Behörde oder eines solchen des glaubwürdigen Ortes⁹⁸ usw.

Auch der vorsätzlich verübte und der zufällig erfolgte Mord wurden unterschieden, das Gesetz hat demnach die in ihm enthaltene Differenzierung aus der Praxis der Arpadenzeit geschöpft.⁹⁹

Auch die *Gewalttätigkeit* (*factum potencialis*) selbst kommt in Urkunden am Ende des 13. Jahrhunderts vor, und zwar als eine für den Fall des Vertragsbruchs vorgesehene Sanktion. Wird im Jahre 1300 doch bezüglich jenes, der gewisse vor den *glaubwürdigen Orten von Zips und von Neutra* zustandegekommene Verträge verletzt, bestimmt: „*in succubitu facti duelli potencialis* convinceretur“, beziehungsweise „*in potencialis duelli succubitu* convincerentur“. ¹⁰⁰

Hajnik erklärt diese Bedingungen folgendermassen: „Im 14. und 15. Jahrhundert wurden unter Androhung von Folgen einer Niederlage im Zweikampf zur Feststellung der Schuld an Gewalttätigkeit . . . häufig Verträge abgeschlossen (*succubitus duelli facti potencialis*) oder man unterwarf sich dem Urteil von ad ha Schiedsrichtern, dessen Umgehung oder Geringschätzung eine einfache Verurteilung wegen öffentlicher Gewalttätigkeit nach sich zog.“¹⁰¹ Das *duellum potentiale* war ein in Gewalttätigkeitsangelegenheiten als Beweis zugeurteilter Zweikampf, und wurde als solcher zum Kunstaussdruck. Sein Begriff war auf dem der Gewalttätigkeit aufgebaut, und konnte sich erst verbreiten, nachdem die Gewalttätigkeit als Verbrechen, zu dessen Beweisführung es angewandt wurde, im Recht bereits bekannt war. Demnach ist aufgrund der aus 1300 zitierten Niederlagen in *duellum potentiale* das Vorhandensein der Gewalttätigkeit, als eines im ungarländischen Recht vom Ende der Arpadenzeit bekannten Tatbestandes und als *terminus technicus* zumindest wahr-

scheinlich. Daher kann mit gutem Grund angenommen werden, dass bei den weiter oben beschriebenen Besitzergreifung, Diebstahl, Schadenstiftung usw. gebrauchten Wendungen „potencialiter, per potenciam, potencia mediante“ nicht bloss Ausdrücke der mit roher Gewalt erfolgten Durchführung der betreffenden Handlungen sind, sondern eine rechtliche Qualifizierung entschieden Inhalts enthalten: die Feststellung der Verübung der Eigenmächtigkeit.¹⁰²

Die Begriffe der *causae criminales*¹⁰³ und deren Verüber, der *malefactor manifestus (publicus)*¹⁰⁴ leben im ungarischen Recht des 13. Jahrhunderts ebenfalls.

Die Vorweisung einer *falschen Urkunde* wurde im Jahre 1285 wie folgt ausgedrückt: „litteras quasdam non veras, sed falsidicas exhibuissent“,¹⁰⁵ 1299 aber erscheint die Bezeichnung, die auch im Gesetz zu lesen ist: „*exhibitio falsarum litterarum*“.¹⁰⁶

Diesbezüglich, wann im Rechtsleben Ungarns die *inquisitio* erscheint, kann die Stellungnahme I. Hajnik's verschiedentlich erklärt werden. Einerseits schreibt er nämlich, dass die *inquisitio* auch zur Zeit der Arpaden nicht unbekannt war, und führt an, in welchen Fällen sie im 13. Jahrhundert angewendet wurde,¹⁰⁷ andererseits aber bezeichnet er sie als Neuerung des Königs Karl. I. und bemerkt bezüglich der Ermittlungen des 13. Jahrhunderts: „hier wird überall nur eine offizielle Untersuchung und nicht eine im späteren Sinn durchgeführte Inquisition angeordnet“.¹⁰⁸

Welchen Unterschied Hajnik zwischen der als „offizielle Untersuchung“ bezeichneten Inquisition des 13. Jahrhunderts und jener „im späteren Sinn durchgeführten“ verstanden hat, kann ich nicht feststellen. Dem hervorragenden Rechtshistoriker gemäss haben nämlich die mit der Durchführung der Inquisition betrauten Organe ihre „Aufgabe sowohl offen wie auch im Geheimen (*palam et occulte* oder *latenter*) durchführen können, und die Möglichkeit des geheimen Verfahrens, die wir bei den sonstigen Zweigen der *inquisitio* nicht antreffen können, ist der *ureigentliche Charakterzug der einfachen Inquisition*“.¹⁰⁹

Demgegenüber ist aber auch Tatsache, dass auch bei den Inquisitionen des 13. Jahrhunderts das geheime Verfahren in Erscheinung tritt: im Jahre 1230 versuchen die mit der Zurückgewinnung der Burgfelder im Komitat Borsod beauftragten Richter „*scrutantes publice et silentio scire veritatem*“, 1236 meldet die zur Überprüfung des Besitzrechtes im Komitat Zala bestellte Kommission wiederholt: „*multorum testimonio subtilique et occulta invenimus inquisitione, quod ...*“, im Jahre 1249 geht der Banus von Slawonien in einer ähnlichen Sache vor „*tam per occultam inquisitionem a iobagionibus, quam per publicum examen iudicii*“, 1299 berichtet das Kollegiatstift von Pozsega der Prinzessin Tomasina über eine Besitzzerstörung, dementsprechend, dass die Untersuchung durchführende Person und der Beauftragte des Kollegiatstifts „*per clandestinam et publicam inquisitionem ... scire potuerunt*“.¹¹⁰ Bei diesen Daten handelt es sich jedenfalls um solche Ermittlungen des 13. Jahrhunderts, bei denen das geheime Verfahren – laut Hajnik der *ureigentliche* Charakterzug der einfachen *inquisitio* – geltend wird. In den

Urkunden über die Inquisitionen des 13. Jahrhunderts fällt auch die später so häufige Formel auf, die sich darauf bezieht, von wem jene, die die Ermittlung durchführten, Erkundigungen eingeholt haben: „*ab omnibus, a quibus licuit et decuit*“¹¹¹

Gleichfalls im 13. Jahrhundert wurde das Verfahren durch die Überzeugung vom Tatbestand mit eigenen Augen ergänzt,¹¹² auch war die Bezeichnung „*litterae inquisitoriae*“ für die Urkunde über die Ermittlung bereits bekannt.¹¹³ Wir haben Kenntnis von Fällen aus dem 13. Jahrhundert (1296 und 1299), wo in der gleichen Sache eine dreifache Inquisition durchgeführt wurde.¹¹⁴ Dies ist hinsichtlich der späteren Entwicklung darum interessant, weil im 14.–15. Jahrhundert nur drei miteinander übereinstimmenden Inquisitionen volle Beweiskraft zugemessen wurde. Die Beispiele einer dreifachen inquisitio zur Zeit der Arpaden zeugen für das Bestehen dieser Auffassung bezüglich der Beweiskraft im 13. Jahrhundert. Von den im Jahre 1299 gehaltenen dreifachen Inquisitionen wurden zwei *von Städten* auf Befehl des Königs durchgeführt. Ein wichtiges Argument für eine gewisse Verbreitung der auf einer Ermittlung beruhenden Beweisführung zu jener Zeit ist die Tatsache, dass in die Abhaltung von Inquisitionen neben dem Komitat und dem glaubwürdigen Ort auch die Stadtbehörde einbezogen wurde.

In den aus dem 13. Jahrhundert bekannten sog. einfachen Inquisitionen waren demnach *sämtliche* wesentliche Erfordernisse beisammen, die von den später durchgeführten Ermittlungen bekannt sind.

Die durch den Ratsbeschluss als Strafe für Gewalttätigkeit, Totschlag, Raub usw. bestimmte *Todesstrafe* war auch dem Recht der Arpadenzeit wohl bekannt. Die „*capitalis sententia*“ schreibt Artikel 2 des II. Gesetzbuches Königs Stephan des Heiligen für jene vor, die am Plan der Ermordung des Königs oder des Landesverrates als schuldig erkannt wurden, den Besitz des Verurteilten erben jedoch dessen unschuldigen Söhne.¹¹⁵ 1291 strafte Andreas III. in einer Komitatsversammlung einen „*pupplum malefactorem, destructorem et manifestum occisorem, ... pro huiusmodi notoriis excessibus suis ... capitali sententia condemnandum*“,¹¹⁶ 1296 verhängte der König ebenfalls die „*sententia capitalis*“ über einen Späher (explorator) Iván's, des Sohnes Heinrichs, der sich gegen ihn aufgelehnt hat.¹¹⁷ Aus den Jahren 1299 und 1300 stammen die beiden Urteilsbriefe des königlichen Vizehofrichters gegen den Wegelagerer Ladislaus de genere Aba. Er ist „*ratione nocumentorum, dampnorum, interfecionum et vulnerationum iobagionum ... Rofoyn bani capitali sententia puniendus et suis possessionibus privandus universis est convictus*“. Der Vizehofrichter bezeichnet seinen Urteilsbrief als „*litteras nostras super condemnatione capitis dicti Ladislai et amissione possessionum suarum*“.¹¹⁸

Auf die Strafe für Vorweisung einer falschen Urkunde können folgende Angaben bezogen werden: um 1280 wurde Johann de Bábolna de genere Koppány wie folgt beschuldigt: „*fur, latro, homicida, fabricator monete, falsarius et quod de patre suo sibi falsa sigilla remansissent et adhuc membrana cum falso sigillo in scrinio suo nuno haberetur*“. Laut

des Richters ist der Prozess „effusionem sanguinis respicere videbatur“.¹¹⁹ Im Jahre 1285 legten die Bewohner des Dorfes Bobróc im Streit vor dem Gespan von Zólyom eine falsche Urkunde vor, deshalb „omnino remansissent rebus et personis condemnandi“.¹²⁰ Den Kunstausspruch „*exhibitio falsarum litterarum*“ gebraucht auch das Urteil des Vizehofrichters vom 31. Juli 1299, mehrmals berufen haben, und das gleiche befasst sich auch mit deren Bestrafung. Den Prozess strengten die *populi exercitiales* der Königin gegen drei Adelige aus Szöröcsök an, die der Plünderung, Gefangennahme, der Zerstörung und Beschlagnahme des Besitzes der Königin in Árkibanaszöröcsök bezichtigt waren. Dieser Gewaltakt ereignete sich am 15. September 1298. Der uns am meisten interessierende Teil des Urteilsbriefes, der verhältnismässig umfangreich ist, lautet folgendermassen: „da Zoda, Bors und Nikolaus nach den Vorkehrungen, das heisst Verfügungen, die im Tag des Herrn Königs und Königreichs, gehalten feierlich zusammen mit dem hochwürdigen Pater Johannes, Erzbischof von Kalocsa, den Bischöfen, Baronen und Adligen des Reiches, getroffen worden waren, Ladislaus, Dees und deren Verwandte zugrunde richteten, indem sie einzelne von ihnen gefangennahmen, andere hingegen fürchterlich verprügelten, sie aller ihrer Güter beraubten, wie dies aus dem Ermittlungsbrief des Domkapitels von Veszprém und des Gespans Lörente, sowie von vier Richtern des Komitates Veszprém klar ersichtlich ist, wurden sie in der Tatsache der Zerstörung, Gefangennahme und Verprügelung von Ladislaus, Dees und deren Verwandten, ferner der Aneignung ihrer Güter, sowie in der Tatsache des unrechtmässigen Besitzes des Gutes der Königin in Árkibanaszöröcsök für schuldig erkannt, dass diese unrechtmässige Besitznahme von den gleichen Adligen verübt wurde, bezeugten Ladislaus und Dees ebenfalls anhand einer Ermittlungsurkunde, verurteilen wir die früher Genannten (Zoda, Bors und Nikolaus) als Gewalttäter, und weil sie durch Vorlegung einer falschen Urkunde, als Fälscher, sich zu verteidigen unfähig waren, nach den Gesetzen (*statuta*) des Reiches in ihrer Person zur Verbrennung auf dem Scheiterhaufen und zum verdienten Tod, als Verüber von Zerstörungen und Gewalttaten — wie bereits gesagt —, und beschlossen, dass ihre sämtlichen ererbten oder in anderer Weise innehabenden und besseren Güter sowohl in Szöröcsök wie auch anderwärts zu 2/3 Teilen mir, als Richter zukommen, zu einem Drittel hingegen der Frau Königin, als Kläger und Vollzieher des gegenwärtigen Streitfalles, d. h. der vorliegenden Sache, zufallen.“¹²¹

Die Folgerungen dieses Kapitels zusammenfassend: die im Ratsbeschluss besprochenen Streitfälle (*factum potentiae, exhibitio falsarum litterarum, causae criminales*, vorsätzlicher Totschlag usw.), die als Beweismittel genannte einfache Inquisition und die *capitalis sententia* können nicht als Neuerungen Karls betrachtet werden, es handelt sich hier vielmehr um ein Ergebnis der Rechtsentwicklung zur Zeit der Arpaden. Der Ratsbeschluss hat auch in dieser Beziehung bereits im 13. Jahrhundert bekannte Institutionen kodifiziert. (Das ist freilich eine andere Frage, inwiefern diese „ordentliche“ Institutionen des ungarländischen Rechts zur Zeit der Arpaden waren, beziehungsweise in welchem Ausmass

Karl diese, vielleicht erst nur als vielversprechende Initiative scheinenden Ergebnisse der Rechtsentwicklung des 13. Jahrhunderts zu „ordentlichen“ Institutionen gestaltete. Zweifellos ist, dass er *keine* neuen, im ungarischen Recht des 13. Jahrhunderts unbekannten Institutionen eingeführt hat.)

VIII

Es lohnt sich nach den Rechtsinstitutionen und der Rechtsterminologie des untersuchten Beschlusses auch gewisse stilmässig-formale Beziehungen des Textes einer kurzen Prüfung zu unterziehen.

Gleich am Anfang finden wir nämlich die Formel „Primo notandum est, quod ...“ und die gleiche erscheint auch an einer anderen Stelle.¹²² Ebenso kommt auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Beziehung vor, und zwar „quis nobilium vel alterius cuiusvis status et conditionis hominum“¹²³ Da die Fachliteratur solchen Wendungen in gewissen Fällen mit gutem Recht einen für die Zeit charakteristischen Wert beimisst, ergibt sich die berechtigte Frage; ob es sich nicht auch bei diesem Text um derartiges handelt.

Auf diese beiden Fragen geben wir in vorliegendem Fall eine verneinende Antwort. Der Formel „notandum est, quod“ begegnen wir in einer Urkunde vom Beginn des 13. Jahrhunderts genauso, wie in solchen aus den 1290er Jahren,¹²⁴ ja selbst der Artikel 43 des Gesetzes vom Jahre 1298 beginnt mit dem nahe verwandten Ausdruck „observandum, quod“.¹²⁵ Beispiele für die Formel „notandum est“ treffen wir in der Arpadenzeit genauso an wie im 14. Jahrhundert, daher kann man aus dieser auf die Zeit oder den Ort des Entstehens des analysierten Textes keine nähere Folgerungen ziehen.

Die Wendung „nobiles vel alterius cuiusvis status et condicionis homines“ und deren Varianten wiederholen die Urkunden der Arpadenzeit fast Gemeinplätzen gleich deshalb entbehrt auch dieser Ausdruck eines zeitbestimmenden Wertes.¹²⁶

IX

Aufgabe meiner Arbeit ist die Beziehungen des Rechtsmaterials und der Terminologie, die dieser undatierte Beschluss enthält, zur Arpadenzeit zu prüfen. Meinen bisherigen Ergebnissen gemäss stehen die Institutionen des Rechtslebens der Arpadenzeit und der Ratsbeschluss in vollem Einklang zueinander und entsprechen einander. Zu dieser Schlussfolgerung gelangte ich jedoch bloss aufgrund des Urkundenmaterials, ohne das Gesetz vom Jahre 1298 (oder im weiteren Sinn formuliert: die Gesetzgebungsdokumente der letzten Jahre des Königs Andreas III.) zu prüfen. Das Gesetz vom Jahre 1298 habe ich in meine bisherigen Erörterungen absichtlich nicht einbezogen, weil die Beziehungen des Materials des Ratsbeschlusses zur Arpadenzeit — meiner Beurteilung nach — aufgrund eines ausschliesslichen Vergleiches mit diesem Gesetz nicht erwogen werden können.

Eine Ursache dessen ist zweifellos die Tatsache, dass das Gesetz vom Jahre 1298 nicht das einzige Produkt der Legislativarbeit in den letzten Jahren des Königs Andreas III. ist. Eine andere Ursache ist, dass auch das Gesetz vom Jahre 1298 solche, bisher wenig beachtete Beziehungen enthält, die in Richtung der Rechtsentwicklung des 14. Jahrhunderts weisen, deren Weg ebnen.

Ich versuche daher im folgenden auf gewisse Berührungspunkte zwischen dem Ratsbeschluss und der Gesetzgebung der letzten Jahre Andreas' III. hinzuweisen und aus dem Gesetz vom Jahre 1298 solche Anordnungen hervorzuheben, die ein klareres Licht auf die Beziehungen dieses Gesetzes zu einzelnen Tatsachen der späteren Rechtsentwicklung werfen, und die vom straf- und prozessrechtlichen Gesichtspunkt aus bisher wenig beachteten Umrisse der Kodifikationsarbeit in den 1290er Jahren ahnen lassen.

Bekanntlich enthält das Gesetz vom Jahre 1298 als Vergeltung der meisten angeführten Rechtsverletzungen am häufigsten die Exkommunikation, also eine kirchliche Strafe, wobei von der Gerichtsbarkeit der weltlichen Behörde ziemlich wenig gesprochen wird. Die Verantwortlichmachung der Schuldigen durch ein weltliches Gericht erledigt es verhältnismässig wortkarg mit „*domini regis cedant iudicio poena debita puniendi*“, „*persona poenam legis susceptura*“ und ähnlichen, als Allgemeinheiten erscheinenden Wendungen.¹²⁷ Das bestimmt es aber nicht genau, was in den einzelnen Fällen unter *poena debita*, *poena legis* zu verstehen sei. Wenn wir diesen Umstand oberflächlich mit den in dieser Beziehung um vieles ausführlicheren und konkreteren Massnahmen des Ratsbeschlusses vergleichen würden, würde dieser Vergleich auf den ersten Blick zu einem für die Gesetzgebung des Jahres 1298 kläglichen Ergebnis führen: das Staatsleben würde für fast tot, die königliche Gewalt und Rechtspflege für gelähmt und ohnmächtig erscheinen, es hätte den Anschein, dass die einzige tatkräftige Macht die der Kirchenfürsten sei, doch auch diesen steht keine Andere Waffe zur Verfügung, bloss die Exkommunikation. Demgegenüber würde der Ratsbeschluss eine Kodifikation sein, welche die Staatsgewalt in ihrer vollen Stärke darstellt, das Produkt einer Zeit, da der König bereits Herr seiner gefährlichsten Gegner war. Einen krasserem Gegensatz könnte man sich wahrlich nur schwer vorstellen.

Es ist jedoch keineswegs gewiss, dass im Gesetz vom Jahre 1298 die häufige Anwendung der kirchlichen Zensur als Sanktion ein Zeichen der Gelämtheit des Staatslebens und der Rechtssprechung ist, ist doch daneben auch die Berufung auf die königliche Gerichtsbarkeit zu lesen. Die Sanktion der Exkommunikation dürfte der königlichen Rechtsprechung auch einen grösseren Nachdruck verliehen haben, wenn die Gesetzverletzer durch das weltliche Recht entsprechend bestraft wurden. Die Berufung auf das königliche Urteil und die *poena debita* mutet nur dann als leere Allgemeinheit an, wenn wir ausser acht lassen, dass dies auch als Hinweis auf ein Gewohnheitsrecht, eine allgemein bekannte Strafe, oder eventuell auf eine andere Rechtsnorm aufgefasst werden kann. Die Berufungen des Gesetzes vom Jahre 1298 dieser Art erfordern förm-

lich eine Ergänzung, eine Konkretisierung und nähere Orientierung für die Gerichtspraxis. Die fortlaufende, ununterbrochene Funktion der Gerichtsbarkeit am Hofe zur Zeit Andreas' III., die bewusste Förderung des Vizehofrichteramtes und die dort geleistete juristische Arbeit würden eine derartige Annahme schon an sich unterstützen.

Von diesem Gesichtspunkt aus vermag uns das soeben zitierte Urteil des Vizehofrichters viel zu sagen. Hinsichtlich einer Beurteilung der Rechtspflege und der juristischen Arbeit im Hofe Andreas' III. ist es von Bedeutung, dass sich der Urteilsbrief bei Beurteilung der Handlung der Angeklagten auf das Gesetz vom Jahre 1298 beruft: er betont, dass sie die Tat nach Erlassen des Gesetzes verübt haben (das Gesetz ist vom 5. August 1298 datiert, die Beklagten aber trieben am 15. September 1298 Unfug). Die Urkunde weist ausserdem auch noch einen anderen äusserst wichtigen Abschnitt auf. Nachdem nämlich die Qualifizierung der verübten Gewalttätigkeit aufgrund der „*institutio seu ordinacio*“ des Reichstages vom Jahre 1298 erfolgt war, lautet das Urteil zum Tode am Scheiterhaufen wie folgt: „*ydem in exhibicione falsarum litterarum tanquam falsarii in suis defensionibus omnino defecerunt, iuxta statuta regni in eorum personis igne concremandos et morte debita condemnandos eosdem sententialiter decrevimus*“.

Das Wesentliche am Problem ist die Erklärung der „*statuta regni*“. Am naheliegendsten wäre die Lösung, wenn dies unter Berufung auf das Gesetz vom Jahre 1298 erfolgen könnte. Dies ist jedoch nicht möglich weil sich das Gesetz mit der *exhibicio falsarum litterarum* nicht befasst. Wir könnten es einfach als „Gewohnheitsrecht des Landes“ übersetzen. In diesem Fall könnten wir ein interessantes Beispiel dessen sehen, wie in der Gerichtspraxis Gewohnheitsrecht und geschriebenes Gesetz miteinander verschmelzen, wie eines das andere ergänzt.

Es scheint aber, dass es sich um mehr als dieses handelt. Ungarländische Quellen aus dem 12. und 13. Jahrhundert verstehen nämlich unter *statutum* (zumeist) königliche (manchmal auch private) Willensäusserungen und auch schriftlich niedergelegte Massnahmen, Gesetze. Interessant ist eine Urkundenarenga des Königs Geysa II.: „*longa etas patrum precedencium curavit statuta et decreta sua per testamenti descriptionem ... oblivioni defendere*“, auch das Gesetz vom Jahre 1267 nennt sich „*praesens statutum*“.¹²⁸ Ebenso bezeichnet sich auch das Gesetz vom Jahre 1298 in mehreren Artikeln als „*statutum*“: „*haec statuta*“ (Artikel 5 und 29), „*praesentia statuta*“ (Art. 41), „*saluberrima statuta*“ und „*hacc carta statutorum*“ (Art. 44)¹²⁹ und mehrere Artikel beginnen mit „*statuimus*“. Auch von einem schriftlich niedergelegten „*statutum seu decretum*“ des Königs Karl haben wir Kenntnis.¹³⁰

Das Urteil des *vicejudex curiae* stützt sich ausdrücklich auf das Gesetz vom Jahre 1298. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass der Notar des Hofgerichtes bei Anwendung des Ausdrucks „*statutum regni*“ an die Bedeutung des *statutum* als „geschriebene Rechtsnorm“, „geschriebene Anordnung“ gedacht hat, wie dies im Gesetz vorkommt, und das Wort auch im Urteilsbrief in dem Sinne gebraucht hat, wie ihm dies das zur

Hand liegende Gesetz eingab. Das Zitat „statuta regni“ dürfen wir daher gewiss als eine Berufung auf die geschriebene Rechtsnorm auffassen. Das Wesentliche einer Verfügung, und zwar die Bestrafung der Vorweisung einer gefälschten Urkunde mit dem Tode auf dem Scheiterhaufen, ist im Urteil des vicejudex curiae beibehalten worden. Es kann mit gutem Recht angenommen werden, dass das Gesetz auch andere Artikel hatte und dass diese ähnliche (strafrechtliche) Verfügungen enthielten. Über die Umstände seines Entstehens ist uns nicht viel bekannt, doch dürfte es ein Produkt der Gesetzgebung Andreas' III. sein. Sollten auch die Verfügungen des Gesetzes vom Jahre 1298 für sehr allgemein gehalten erscheinen, standen der zeitgenössischen Gerichtspraxis doch solche konkrete, richtunggebende Arbeiten zur Verfügung. Es ist anzunehmen, dass sein vermutlicher Inhalt dem des undatierten Ratsbeschlusses nahe verwandt war. Die Gesetzgebung zur Zeit Andreas' III. wurde daher auch mit der Schaffung derartiger Rechtsnormen ergänzt.

In bezug auf das Verhältnis der Gesetzgebung des Königs Andreas III. zum Inhalt des Ratsbeschlusses und zur Rechtsentwicklung zur Zeit der Anjous ist folgendes zu berücksichtigen.

Die bisherige Fachliteratur hat im Gesetz vom Jahre 1298 den weltlichen strafrechtlichen und verfahrensrechtlichen Beziehungen und den termini technici nur geringe Aufmerksamkeit zugewandt.

Es muss jedoch hervorgehoben werden, dass im Gesetz derartige Beziehungen vorkommen: so stellt beispielsweise Artikel 12 jene, die die Anerkennung der Gutmachung der von ihnen verübten Gewalttätigkeiten erpressen, ausser der Exkommunikation, als solche vor den Gerichtsstuhl des Königs, die mit Untreue gebrandmarkt (*infidelitate notati*) sind.¹³¹

Andererseits haben wir im vorangehenden Kapitel nachgewiesen, dass das Recht Ungarns am Ende des 13. Jahrhunderts den Begriff der Gewalttätigkeit (*factum potentiae*) bereits gekannt hat. Daher können wir in solchen Ausdrücken des Gesetzes vom Jahre 1298, wie *potenter agentes* (Art. 4), *per potentiam sibi remissionem procurare* (Art. 12), *nobiles ad sibi serviendum vi vel potentia artare* (art. 33)¹³² auch eine Beurteilung der Tat als Gewalttätigkeit suchen.

Drittens: Hinsichtlich des Zusammenhanges des Beweisverfahrens zur Zeit der Arpaden und jener der Anjous enthalten die Artikel 13 und 14 wichtige Anordnungen. Demnach „haben die vom Herrn König speziell zu diesem Zweck entsandte Person und die zur Untersuchung und Ermittlung von in der Vergangenheit verübten und zukünftig zu verübenden Plünderungen in jedes Komitat delegierten vier Adligen dem Herrn König unter Zeugenschaft der Domkapitel zu schwören, wo solche strafbare Handlungen verübt wurden oder verübt werden. Wenn aber die besagten vier Adligen aus Furcht oder Wohlwollen, oder weil sie eine Entlohnung entgegengenommen haben, zögern würden, oder über derartige Plünderungen ihren Bekannten gegenüber sich getrauen würden einen falschen Bericht zu erstatten, haben sie sofort nach verübter Tat in die jetzt verfügte Exkommunikation zu fallen und sind dem Urteil des Herrn Königs zu unterstellen“.¹³³ Aufgrund der Berufung einer Urkunde

können wir es vielleicht auch näher beleuchten, für welche Verfahrensregelung die zeitgenössische Praxis dieses Gesetz betrachtet hat. Am 6. Oktober 1298 bezichtigte nämlich ein Adliger in der durch den Palatin abgehaltenen Versammlung des Komitates Szaboles zwei Männer der Zerstörung seiner Güter. Der Urkunde gemäss haben „die vier Geschworenen (d. h. die Stuhlrichter) ... bei ihrer fides ... deo et regie corone debita, unter Androhung der in der *congregatio generalis* des Herren König (d. h. im Reichstag) erklärten Exkommunikation, und alle übrigen Adligen, auf unsere Aufforderung über die erwähnte Zerstörung Peters in mündlicher Rede erklärt, dass jene (d. h. die Angeklagten) ... alles früher Genannte ... zu Lasten Peters verübt haben, ... und legten in dieser Hinsicht Zeugnis ab“.¹³⁴ Die Fachliteratur betrachtet diese Urkunde als eines der frühesten, aus der Zeit der Arpaden stammendes Beispiel der Ermittlung in der Vollversammlung, des sog. *Requisitionsverfahrens*, und das Wesentliche dieses Verfahrens ist der auf die Aufrichtigkeit vorher abgelegte Eid, sowie die gemeinsame, korporative Zeugenschaft. Daraus, dass sich die Urkunde auf die im Gesetz vom Jahre 1298 erklärte Exkommunikation als *vinculum* des auf die Aufrichtigkeit im voraus abgelegten Eides beruft, folgt, dass die Gerichtspraxis in den zitierten Artikeln 13 und 14 des Gesetzes auch die Regelung gewisser Momente der Ermittlung in der Vollversammlung erblickt hat. Dies entsprach gewiss auch der Absicht des Gesetzgebers. Die Tatsache, dass das Gesetz als Anordnung betrachtet wurde, die sich auf eine Ermittlung in der Versammlung bezieht, beweist nicht allein den Ursprung dieses, im 14. und 15. Jahrhundert so wichtigen Requisitionsverfahrens aus der Zeit der Arpaden, sondern auch deren seinerzeitige verhältnismässig grosse Verbreitung.

Die Gesetzgebung des Königs Andreas III. regelte demnach im Gesetz vom Jahre 1298 und in den nur aus einer urkundlichen Erwähnung bekannten „*statuta regni*“ sehr wichtige Fragen: im Prozessrecht — wie dies die Praxis beweist — die Ermittlung in der Versammlung, im Strafrecht einen Fall der *infidelitas*, sowie die Strafe für Vorweisung einer falschen Urkunde, und vielleicht auch die der Gewalttätigkeit. Diese Momente können an sich zu einer richtigeren Beurteilung der nur lückenhaft bekannten Gesetzgebung von Andreas III. verhelfen, doch nicht minder können sie auch zu einer näheren, genaueren Darstellung der Regierung des letzten Königs aus dem Hause der Arpaden beitragen. Es stellt sich nämlich heraus, dass damals eine nicht zu unterschätzende Gesetzgebungsarbeit vor sich ging, die für die Entwicklung des Verfahrens- und Strafrechtes zur Zeit der Anjous wichtige, allerdings bisher nur wenig beachtete Grundlagen geschaffen hat.

Andreas III. und die damalige Zentralregierung waren bemüht gewaltige Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben zu lösen. Das grosse Ziel war eine bescheidene Funktion des Staatsregimes unter den unglaublich schwierigen Verhältnissen zu sichern. Die Aufgabe der zentralen Gerichtsbarkeit wurde durch eine planmässige Förderung des Vizehofrichteramtes gelöst. Auch in die Funktion des Komitatsorganismus

wurde — zumindest stellenweise — anhand der Ernennung von Stuhlrichtern, den Interessen der Zentralgewalt entsprechend eingegriffen. Wir können Zeugen der Tätigkeit eines bereits „ständische“ Formen aufweisenden Reichstags, der Arbeit der am Reichstag gewählten *Consilarii* nebst *praelati* et *barones* im königlichen Rate und der Kraftanstrangungen von Juristen sein, die im römischen und kanonischen Recht bewandert waren. Ihre Auffassung über die königliche Macht geht auch aus der Arenga der Friedensvertragsurkunde hervor, die im Namen des Königs Andreas die Erzbischöfe Lodomer und Johann gemeinsam mit den Beauftragten des Herzogs Albrecht von Österreich im August 1291 intituliert haben: „Das auf Inspirierung des Heiligen Geistes schriftlich niedergelegte Recht verkündet laut, dass es für die grossmächtigen Fürsten der Länder (= *terrarum*), die von keinerlei Gesetzen eingeschränkt sind, die grösste Ehre ist, wenn sie ihr vom Zwang des Gesetzes freies Haupt von selbst, freiwillig unter das Joch des Gesetzes beugen“.¹³⁵ Diese von den Traditionen Friedrichs II.¹³⁶ inspirierte österreichisch-ungarische Urkundenarenga steht im schreienden Gegensatz zur Machtlage des ungarischen Königs innerhalb des Landes, sie kann auch ein Symbol für die Nachwelt jener Kraftanstrangungen sein, die Andreas und seine Umgebung unter den schwierigen Verhältnissen unternommen haben sowohl auf dem Gebiet der Staatsorganisation wie auch in der Gesetzgebung. Es war dies ein fieberhaftes Arbeitstempo, aber auch ausserordentliche Leistungen, zu denen den König und alle, die sich um die Aufrechterhaltung des blossen Seins der zentralen Macht bemühten, die Verhältnisse zwangen und drängten. Die Kraftanstrengung auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Staatsorganisation stand auch in keinem Verhältnis zur Dauer der sichtbaren Ergebnissen. Die gesetzgeberische und staatsorganisatorische Arbeit von ausserordentlichen Ausmass übertraf fast jene gesellschaftliche Entwicklungsstufe, auf die wir in Ungarn am Ende des 13. Jahrhunderts aufgrund unserer derzeitigen Kenntnisse folgern können. Falls die späteren Forschungen diese Bemerkung bestätigen sollten, so können wir diese, im Verhältnis zur Zeit für ausserordentlich hochentwickelt erscheinenden, aber nur vorübergehenden, für kurze Zeit erschienenen politischen und rechtlichen Formen sicherlich mit den verzweifeltten Anstrengungen der zentralen Macht erklären, die der Kampf gegen die Oligarchie, die die Staatsgewalt vernichten wollte, erfordert hat. Einige der aufgetauchten organisatorischen Formen, zum Beispiel der im Reichstag gewählte Ratsbeisitz, verschwinden nachher — einem Schlundbach gleich — für lange Zeit vor unseren Augen, sobald die für den Bestand des Staates gefährlichsten Territorialherren Niederlage erlitten haben, und die Entwicklung der feudalen herrschenden Klasse in ihre „normale, gewohnte“ Bahn zurückgekehrt war. Die Staats- und Rechtsentwicklung der Zeit Andreas' III. mit ihrem stürmischen Tempo, trugen aber auch bleibende Früchte: sie hinterliessen den verhältnismässig friedlichen Jahrzehnten der Zeit der Anjous in staatsorganisatorischer, gesetzgeberischer und persönlicher Hinsicht günstige Grundlagen als Erbe.

ANMERKUNGEN

- ¹ *L. Szilágyi*: III. Endre 1298. évi törvénye (Das Gesetz Andreas' III. vom Jahre 1298). *Annales Universitatis Scientiarum Budapestinensis de Rolando Eötvös Nominatae, Sectio Historica*, Bp. 1957. Tom. I. S. 165–166. Erörterung der früheren Literatur ebenda.
- ² Vgl. Bemerkung von *I. Hajnik*: „Ich stimme mit jener Ansicht György Barta's nicht überein, wonach die Artikel aus der Zeit Robert Karls stammen, indem deren Spuren schon im Rechtsleben der letzten Jahren des 13. und der ersten des 14. Jahrhunderts anzutreffen sind.“ (A perdöntő eskü és az előzetes tanúbizonnyítás a középkori magyar jogban (Der entscheidende Schwur und der vorherige Zeugenbeweis im ungarischen Recht des Mittelalters). Bp. 1881. S. 13. Anm. 3.)
- ³ Vgl. *Szilágyi* gen. Werk, S. 153–154. — Da eine kritische Ausgabe noch nicht vorliegt, zitiere ich das Gesetz, aus der Edition von *G. M. Kovachich* (*Supplementum ad vestigia comitiorum apud Hungaros...* Tom. I. Budae, 1798) unter Beibehaltung der von *Kovachich* gegebenen Artikeleinteilung, obwohl dies dem Transsumpt Wladislaus' I. keineswegs entspricht, ferner belastet sie auch der Fehler, dass *Kovachich* die Artikel dieses Ratsbeschlusses mit den Artikeln des Gesetzes vom Jahre 1298 verschmolzen veröffentlichte. Nachdem das Gesetz vom Jahre 1298 in 44 Artikel aufteilte, figuriert bei ihm der erste Artikel des Ratsbeschlusses — unrichtigerweise — als Artikel 45, als ob es sich um Teile einer und der selben Quelle handeln würde. Laut *L. Szilágyi*'s Arbeit kann der Ratsbeschluss in 22 Artikel gegliedert werden Demgegenüber nahm *Kovachich* 36 Artikel auf, demzufolge in seiner Ausgabe das strittige Dekret als Artikel 45–80 des Gesetzes vom Jahre 1298 zu lesen ist. In Kenntnis all dieser Umstände habe ich die Einteilung *Kovachich*'s dennoch beibehalten, weil sämtliche zur Verfügung stehenden Ausgaben diese übernommen haben, daher der Leser meine Berufungen nur aus jenen, unter Verfolgung der auf *Kovachich* beruhenden Einteilung zurückzusuchen vermag. Mein Vorgehen begründet also ausschliesslich der praktische Gesichtspunkt, und widerspiegelt nicht meine Auffassung über die Einteilung des Gesetzes.
- ⁴ *Kovachich* gen. Werk, S. 147, 150, 152, 158 und 187.
- ⁵ A. a. O. S. 187.
- ⁶ *Nyers, L.*: A nádor bírói és oklevéladó működése a XIV. században — 1307–1386, (Die richterliche und leurekundende Tätigkeit des Palatins im 14. Jahrhundert — 1307–1386). Kesztemét, 1934. S. 7–13.
- ^{6a} Der *judeus ordinarius* ist römischen Ursprungs (vgl. *Th. Mommsen*: Römisches Strafrecht, Berlin, 1955, S. 231). Über die Entwicklung dessen auch im Kirchenrecht egebürgerten Begriffs siehe *W. Kaempfe*: Die Begriffe der Jurisdictio ordinaria, quasi-ordinaria, mandata und delegata im römischen, canonischen und gemeinen deutschen Recht ... Wien, 1876.
- ⁷ *Karácsonyi, J.* — *Borovszky, S.*: Regestrum Varadinense examinum ferri candentis ordine chronologico digestum (kurz: Reg. Ver.). Bp. 1903. Index. Einer der frühen Fälle aus dem Jahre 1215: S. 196, Nr. 120.
- ⁸ *Wenzel, G.*: Cod. Dipl. Arpadianus Continuatus (kurz: CDAC), Bp. 1860–1874. Bd. X. S. 255.
- ⁹ *Bónis, Gy.*: Einflüsse des römischen Rechts in Ungarn (*Ius Romanum Medii Aevi*, Pars V., 10), Mediolani, 1964, S. 109. Anmerkung 471.
- ¹⁰ CDAC Bd. III. S. 129.
- ¹¹ *Regesta regum stirpis Arpadianae critico-diplomatica I–II/1*. Red.: *Szentpétery, I.*, Bp., 1923–1943, II/2–3. Red. *Szentpétery, I.* — *Borsa, I.*, Bp. 1961. (Kurz: RA), Nr. 2518.
- ¹² *Deák, F.* — *Nagy, Gy.* — *Nagy, I.*: Hazai Oklevéltár (Vaterländische Urkundensammlung) 1234–1536. (kurz: HOKI). Bp. 1879, S. 112–113.
- ¹³ *Ipolyi, A.* — *Nagy, Gy.* — *Nagy, I.* — *Paur, I.* — *Ráth, K.* — *Véghely, D.*: Cod. Dipl. Patris. (kurz: CDP). Győr–Budapest, 1865–1891, Bd. VII. S. 283–284.
- ¹⁴ Urkundenbuch des Burgenlandes und der angrenzenden Gebiete... (Graz–Köln, 1955–1965. Bd. I. bearb. von *H. Wagner*, Bd. II. bearb. von *I. Lіндеck-Pozza*, kurz: Ub. Burg.) Bd. II. S. 253, sowie *Fejér, G.*: Cod. Dipl. Regni Hungariae ecclesiasticus ac civilis (kurz: CD), Budae 1829–1844, VI/1, S. 183–184.

- ¹⁵ Das Wort erscheint in einer Urkunde Ladislaus' IV. im Jahre 1276. Demnach soll die familia des Bistums Veszprém nicht „ad nostri vel palatini seu iustitiarum vicariique regii examen“ geladen werden (RA. Nr. 2716). Früher. Béla IV.: Im Jahre 1262 erwähnt er neben dem Palatin und dem Hofrichter die „alii iustitiarum regni nostri“. (Knauz, F. — Dedek Crescens, L.: Monumenta Ecclesiae Strigoniensis, kurz: MES, Strigonii, 1874–1924. Bd. I. S. 475.)
- ¹⁶ Kumorovitz, L. B.: A specialis praesentia regia peeséthasználata Zsigmond korában (Der Siegelgebrauch der specialis praesentia regia zur Zeit Sigismunds), Domanovszky Emlékkönyv, Bp. 1937, S. 422–423.
- ¹⁷ Gerics, J.: A királyi bírói jelenlét a XIII–XIV. század fordulóján (Die praesentia regia um die Wende des 13–14. Jahrhunderts). Jogtudományi Közlöny, XVII. neuer Jg. 1962, S. 652.
- ¹⁸ Die Aufzeichnungen *Hevenesi's* publiziert und kommentiert *Holub, J.*: Zala vármegye története a középkorban (Geschichte des Komitates Zala im Mittelalter), Pécs, 1929, Bd. I. S. 101. Der diesbezügliche Abschnitt des den Sachsen erteilten Privilegs (Andreanum) lautet wie folgt: „Concessimus, quod unicum sigillum habeant quod apud nos, et magnates nostros evidenter cognoscatur“. Zitiert von *Szentpétery, I.*: Magyar Oklevéltan (Ungarische Urkundenlehre), Bp. 1930, S. 148, Anmerkung 4.
- ¹⁹ Im Jahre 1237 schreibt das Kollegiatstift von Ofen „litteras domini Dionisii palatini“ (*Nagy, I. — Nagy, Gy. — Véghely, D.*: Zala vármegye története (Geschichte des Komitates Zala), Oklevéltár, kurz: Cod. Zala, Bp. 1886–1890, Bd. I. S. 11). Zwischen 1254 und 1260 kommt in einer Urkunde des Domkapitels von Raab vor: „litterae domini R(olandus) palatini“ (*Kubinyi, F.*: Cod. Dipl. Arpadianus 1095–1301, Pest, 1867, S. 39). Im Jahre 1272 erwähnt der Kustos Sixtus von Gran auf die früheren Jahre zurückblickend: „dominus Rolandus tunc comes palatinus“ (CDAC Bd. VIII, S. 400). Im Jahre 1282 kommt in einer Urkunde des Konvents zu Ipolyás „praesentia domini palatini“ vor (CDAC Bd. IV, S. 247), 1291 und 1295 spricht das Kollegiatstift von Eisenburg über „per ... dominum Nicolaum palatinum“ gespendeten Felder (*Kubinyi, F.*: gen. Werk, S. 160–161), beziehungsweise über eine Vorladung „ad praesentiam domini N(icolai) palatini“ (CDP Bd. VIII, S. 311), im Jahre 1300 will man einen vor dem Burghauptmann von Boldvák geschlossenen Vertrag „litteris viceiudicis domini palatini“ (CDP Bd. VII, S. 301) bekräftigen.
- ²⁰ *Kovachich* gen. Werk, S. 144. — Den Text verbessert aufgrund der Urkunde (Országos Levéltár Középkori Gyűjteménye, Ung. Nationalarchiv, Budapest, Diplomataria, kurz: OLDI, Nr. 13894) *Pauler, Gy.*: A magyar nemzet története az Árpád-házi királyok korában (Geschichte der ungarischen Nation zur Zeit der Könige aus dem Hause der Arpaden). Bp. 1899.² Bd. II, S. 581, Anmerkung 360.
- ²¹ CDP Bd. VII, S. 114.
- ²² Angabe aus dem Jahre 1236: *Holub* gen. Werk, S. 72 (Facsimile); aus dem Jahre 1238: CDP Bd. VIII, S. 33; aus dem Jahre 1270: CDAC Bd. VIII, S. 302.
- ²³ OLDI Nr. 83155.
- ²⁴ *Kammerer, E. — Lukács, P. — Nagy, I. — Nagy, I. — Véghely, D.*: Cod. Dipl. Comitum de Zichy ... kurz: Cod. Zichy, Bp. 1871–1931, Bd. I, S. 119. Die Urkunde weist wohl keine Jahreszahl auf, daraus jedoch, dass die prozessführenden Parteien in der gleichen Sache am 16. März 1308 eine Vereinbarung getroffen haben (a.a.O. Bd. I, S. 116–117), kann man als spätesten Termin das Jahr 1308 annehmen.
- ²⁵ „An Rex praeter octo illos regios homines etiam quatuor Iudices Nobilium elegerit? e textu articuli huius definiri non potest.“ (Gen. Werk S. 145.)
- ²⁶ A nemesi vármegye megalakulása (Entstehen des adligen Komitats), *Kelczsér, 1907*, S. 29–30. — Die zitierte Urkunde: *Fejér, CD, VIII/5*, S. 17.
- ²⁷ Diese Bedeutung der aus den Psalmen 30 und 70 zitierten Teile beleuchtet von noch näher ein verwandter Vers des 60. Psalms: „Deduxisti me, quia factus es spes mea, turris fortitudinis, a facie inimici“ (Ps. 60, 4). Diese einander so naheliegenden Psalmstellen inspirierten förmlich den an diesen geschulten Kleriker zum Gebrauch des Ausdrucks „esse in aliquem (aliquid)“ im Sinne von „fieri“.
- ²⁸ „Et filios advenae, qui adhaerent Domino, ... ut sint ei in servos, ... addeam ... in montem sanctum meum.“

- ²⁹ CDAC Bd. X, S. 424. Das Datum der undatierten Urkunde bestimmte M. Wertner: Tört. Tár, 1897, S. 451.
- ³⁰ CDAC Bd. V, S. 146.
- ³¹ CDAC Bd. V, S. 200.
- ³² Nagy, I. — Nagy, Gy.: Cod. Dipl. Andegavensis, kurz: CA. Bp. 1878 — 1920, Bd. I, S. 220.
- ³³ A.a.O. S. 315 — 316.
- ³⁴ Zitiert von Fügedi, E.: Századok, 72 (1938) S. 291.
- ³⁵ CDP Bd. VII, S. 317.
- ³⁶ Szilágyi gen. Werk, S. 154. — Kovachich gen. Werk, S. 167, 172, 173, 177 usw. Für den Beklagten gebraucht der Ratsbeschluss auch den Ausdruck *reus* und die umschreibende Formel „ille, contra quem fit querimonia“ (A.a.O. S. 148).
- ³⁷ Szilágyi gen. Werk, S. 154.
- ³⁸ Der Ausdruck *actor* kommt vor z.B. im Jahre 1233 (Reg. Var. S. 298, Nr. 371), im Jahre 1291 (im Privileg Andreas' III., S. L. Endlicher: Regni Hungariae Monumenta Arpadiana, Sangalli, 1849, S. 625), im Jahre 1296 (Urkunde des Kollegiatstiftes von Ofen — CDAC Bd. XII, S. 585), im Jahre 1299 (die Königin, als Klägerin, wird im Urteil des Vizehofrichters, *actrix* genannt, CDP Bd. VI, S. 448) usw. Die Streitverkündung wurde unter anderen mit der Bezeichnung „in causam trahere“ beziehungsweise „attractare“ ausgedrückt. Beispiele für das Vorkommen des Ausdrucks „in causam attractare“: aus dem Jahre 1271 (Urkunde des Domkapitels von Kalcsa, CDAC Bd. VIII, S. 357) und aus dem Jahre 1291 (Urkunde des Kollegiatstiftes von Pozega, CDAC Bd. XII, S. 523). Die Urkunde des Domkapitels von Agram aus dem Jahre 1298 gebraucht den Ausdruck „pars in iudicium tracta“ (T. Šmíčklas: Cod. Dipl. regni Croatiae, Dalmatiae et Slavoniae, Bd. VII, S. 315), in der Urkunde des Gespanns von Ödenburg aus dem Jahre 1283 kommt hingegen die Bezeichnung „comes Dionisius ... dixerit se in causam attractum extitisse“ (Nagy, I.: Sopron vármegye története, Oklevéltár, — Geschichte des Komitats Ödenburg, Urkundenbuch, Sopron, 1899, Bd. I, S. 49). Die Prozessführung wird mit dem Zeitwort „causari“ ausgedrückt, dessen Partizip im Gesetz zu lesen ist: „causantes“, im Jahre 1237 in der Urkunde des Bischofs von Raab und seiner Mitrichter (CDAC Bd. VII, S. 50) und im Privileg von Béla IV. aus dem Jahre 1242 („res, pro qua causabatur“, Endlicher gen. Werk, S. 457); die Prozessführer nennt Stephan V. im Jahre 1272 „causatores“ (CDAC Bd. VIII, S. 384), im Urteil des Vizehofrichters, beziehungsweise Andreas' III. vom Jahre 1299 lautet die Bezeichnung „causidicus“. (Im inhaltlichen Transsumpt des Hofrichters vom Jahre 1322. Demnach hat ein Procurator 1322 „nobis (comiti Lamperto) quamplures litteras comitis Stephani viceiudicis curie ... Andree regis ... formam iudicii ipsius continentes et sententiales simul cum sententialibus litteris ... Andree regis ... demonstravit, in quarum tenoribus inter cetera reperimus seriatim expresse contineri, quod ... anno domini 1299 ... Andreas rex in congregatione regni sui sexta feria proxima post festum beate Margarethe virginis pro sublevamine regni sui celebrata sedens pro tribunali una cum baronibus et regni sui nobilibus quoslibet causidicos iudicaret“. CA Bd. II, S. 30.) Der Prozessualgegner wird in einer Urkunde königlicher Grundbesitzrichter vom Jahre 1236 „adversa pars“ genannt, (MES Bd. I, S. 320.) in einem Memorial um 1275 (CDP Bd. VI, S. 161 — 162. Das Datum der Urkunde siehe Győrffy, Gy.: Az Árpád-kori Magyarország tört. földrajza, — Geschichtliche Geographie Ungarns zur Zeit der Arpaden —, Bp. 1963, Bd. I, S. 732 bei der Ortschaft Zsuzsuktó) und in der Urkunde des Kollegiatstiftes von Eisenburg vom Jahre 1294 (CDP Bd. IV, S. 88) usw.
- ³⁹ Privileg des Königs Béla IV. für Agram aus dem Jahre 1266: „si iudex suspectus habebitur et actor legitimam causam recusationis allegaverit ...“ (Šmíčklas gen. Werk, Bd. V, S. 403.) — Laut einer Urkunde Ladislaus IV. aus dem Jahre 1276 sind die Hintersassen der Kirche von Veszprém „experituri ... contra homines fori alterius seu acturi sequi debeant forum rei iuxta legitimis sanctiones“ (RA Nr. 2716), 1291 erklärt das Privileg Andreas' III. für Pressburg: „actor forum rei sequitur“ (Endlicher gen. Werk S. 625).
- ⁴⁰ Artikel 69, Kovachich gen. Werk S. 179. Vgl. Szilágyi gen. Werk S. 154. — H. Marczali stellte als erster fest, dass über die evictio erstmals dieses Gesetz verfügt (Enchiridion fontium historiae Hungarorum ..., Bp. 1901. S. 196, Anmerkung 8).

- ⁴¹ *Hajnik, I.*: A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt (Die Gerichtsverfassung und das Prozessrecht Ungarns bis auf 1526. kurz: Perjog). Bp. 1899, S. 171, Anmerkung 10.
- ⁴² *Smíček, J.*: gen. Werk Bd. VII, S. 243 und CDAC Bd. V, S. 203.
- ⁴³ *Illés, J.*: A magyar szerződési jog az Árpádok korában (Das ungarische Vertragsrecht zur Zeit der Arpaden). Bp. 1901, S. 100–102.
- ⁴⁴ *Kubinyi, A.*: Buda város pecséthasználata kialakulása (Die Entwicklung des Siegelgebrauchs der Stadt Ofen. Tanulmányok Budapest múltjából (Studien aus der Vergangenheit von Budapest) Bd. XIV, (1961) S. 123. — Die Stadt folgte damit der Praxis der glaubwürdigen Orte.
- ⁴⁵ Reg. Var. S. 161–162, Nr. 19.
- ⁴⁶ „quia comes Budun (venditor) privilegia ... regum super predicta terra Beleser vocata coram nobis presentavit, predictos viros (emptores), si aliqua questio contra ipsos super terra ipsa moveretur, nequaquam assumsit expedire ... si aliquem expediret, idem comes Budun predicta privilegia deberet coram iudice ad instanciam virorum predictorum presentare ad declarandum, quod prefata terra ex donatione domini regis fuerit ad ipsum devoluta.“ (CDP Bd. VIII, S. 181–182.)
- ⁴⁷ „Reus vel ille, contra quem fit querimonia, solum bis debet evocari et tandem tertio proclamari per nobiles supradictos. Et sic universe cause in factis premissis emerse, vel exorte in tertio termino omni dissimulatione semota debent terminari“ (*Kovachich* gen. Werk S. 148.
- ⁴⁸ *Hajnik, I.*: Perjog, S. 197–199; *Szilágyi* gen. Werk, S. 155.
- ⁴⁹ *Závodszy, L.*: A szent István, szent László és Kálmán korabeli törvények és zsinati határozatok forrásai. Függelék: A törvények szövege (Die Quellen der Gesetze und Synodalbeschlüsse zur Zeit des Heiligen Stephans, des Heiligen Ladislaus und Kolomans. Anhang: Wortlaut der Gesetze). Bp. 1902, S. 179.
- ⁵⁰ CDP Bd. VI, S. 30 und folg. — Die udvarnici verloren dann den Prozess, ihrer drei wurden geschoren, und sie verpflichteten sich zu vollem Schadenersatz.
- ⁵¹ *Fejér* CD V/2, S. 136–137.
- ⁵² CDP Bd. II, S. 22–23. — Die Datierung bestimmte *J. Karácsonyi*: A hamis, hibás keltű és keltezetlen oklevelek jegyzéke 1400-ig (Verzeichnis der falschen, falsch- und undatierten Urkunden bis 1400), Bp. 1902, S. 120, Nr. 176.
- ⁵³ Der Urteilsbrief vom Jahre 1299 blieb in reichlichen Auszug in der Urkunde des Hofrichters vom Jahre 1322 erhalten: „Anno dominice incarnationis M. ducentesimo nonagesimo nono ... Rophein banus ... dum Andreas rex in congregacione regni sui sexta feria proxima post festum beate Margarethe virginis (17. Juli) ... celebrata ... quoslibet caudiceos indicaret ... ad sui regii (!) magnitudinis accedendo presentiam, ut idem Ladislaus (filius Johannis filii Chabanka de Gyngws de genere Aba) feria quinta proxima post festum beati Jacobi apostoli (31. Juli 1298) quamplurimis iobagionibus suis cum mercimoniis in possessionem suam Debrechen vocatam redeuntibus clara luce in terra Kokoth insidans (!) ipsos spoliaverit, res eorum ad valorem ducentarum abstulerit, tres ex eisdem interemerit et sex vulneratos reliquerit, mediantibus litteris capituli Waradiensis se evidentes testes contra memoratum Ladislaum in octavis diei cinerum (11. März 1299) produxisse, ipsumque Ladislaum ad reportandum seriem produccionis ipsius testimonii, ut causa iuxta regni aprobatissimam consuetudinem in iuramentorum depositionibus aut pugilum congressionibus potuisset terminari, nec venisse, nec misisse, nec etiam denuo ... citatum ad quindenas nativitas b. Johannis Baptiste (8. Juli 1299) comparuisse comprobasset, ideo ... rex ... Ladislaum ... privacione possessionum et omnium bonorum suorum ac sententia capitali condemnandum adjudicasset.“ (CA Bd. II, S. 30–31.)
- ⁵⁴ *Kovachich* gen. Werk, S. 167 und 172; *Szilágyi* gen. Werk, S. 155–156.
- ⁵⁵ *Hajnik, I.*: Perjog, S. 240. — Beispiele für den Gebrauch des *terminum assumere*: in der Urkunde der Servienten von Zala vom Jahre 1232 (siehe weiter unten Anmerkung 60), sowie in der Urkunde des Palatins aus dem Jahre 1279: an Stelle der prozessführenden Partei „Geroldus serviens suos terminum assumsit“ (CDAC Bd. XII, S. 490. Die Datierung stellte *Karácsonyi* fest, gen. Werk S. 122, Nr. 186).
- ⁵⁶ „Sic intra unius anni revolutionen quelibet causa finaliter terminetur.“
- ⁵⁷ *Szilágyi* gen. Werk S. 157.

⁵⁸ Dafür stehen uns jedenfalls genug frühe Daten zur Verfügung, dass die Vorladung zum König einen Rechtstitel für eine Aufschiebung des seitens der Zeugen des Klägers abzulegenden *entscheidenden Eides* dargestellt hat. Im Jahre 1222 hat nämlich der Bodroger Gespan Bánk den Prozess des Klägers Barakny gegen dusnici zwecks Feststellung der Verwandtschaft" posuit super iuramentum Martini et Fonchukae, cognatorum Borokun et super iuramentum duorum finitimorum, quos adversarii eligerent et misit utramque partem Varadinum ... Dato itaque eis termino ... nominati dusnici ... prenominati testes adiuraturi, fuere Varadini; sed predicti testes non comparuerunt. Prefatus tamen adversarius misso serviente dixit eos fuisse citatos ad regem et ideo non potuisse ad terminum venire. Dato item secundo termino" geschah das gleiche. Es stellte sich jedoch die Falschheit der Behauptungen Barakony's heraus, worauf letzterer verurteilt wurde (Reg. Var. S. 277—278 Nr. 328).

⁵⁹ *Závodszy* gen. Werk S. 191.

⁶⁰ Siehe Cod. Zala Bd. II S. 643—644.

⁶¹ CDP Bd. VIII S. 30. — Der Vizepalatin bestimmte hierauf „ad convincendam tamen maliciam eiusdem“ auch einen fünften Termin, zu dem der Beklagte endlich erschienen war.

⁶² CDAC Bd. III S. 129. Zitiert: in *Hajnik*: Perjog S. 208.

⁶³ Perjog, S. 197, Anmerkung 1: „(Tehanus) semel, secundo et tertio monitus (privilegium suum) exhibere nullatenus voluisset“. (*Fejér*: CD III/2, S. 141).

⁶⁴ Cod. Zichy, Bd. I, S. 25.

⁶⁵ Comes Ipacs verkaufte dem Banus Bánk für 300 Mark einen Bodenbesitz, den er vom König Emerich erhalten hatte. Diesen Kaufvertrag bestätigte 1212 auch König Andreas II., und annullierte die Schenkungsurkunde Emerichs, damit der Verkäufer oder dessen Nachkommen Bánk im Besitze des von ihnen gekauften Bodenbesitzes nicht belästigen: „Ypoch in presentia nostra constitutus et requisitus super illo privilegio, si haberet, se privilegium habere illud omnino denegavit, et semel et secundo et tertio citatus coram nobis, ut idem privilegium apportaret, minime apportavit“. (CDP Bd. VIII, S. 13.).

⁶⁶ Art. 51, *Kovachich* gen. Werk S. 154.

⁶⁷ Art. 64 und 65, *Kovachich* gen. Werk S. 167 und 172.

⁶⁸ Art. 50, *Kovachich* gen. Werk S. 151—152.

⁶⁹ Art. 51, *Kovachich* gen. Werk S. 154.

⁷⁰ Art. 68, *Kovachich* gen. Werk S. 177.

⁷¹ Art. 57, *Kovachich* gen. Werk S. 158. Den hier veröffentlichten Text verbessert *Szilágyi* gen. Werk S. 160.

⁷² *Endlicher* gen. Werk. S. 523 und CDP Bd. VIII, S. 184.

⁷³ Der Vereinbarung gemäss entrichten die Beklagten dem Kläger 17 Mark, und begleichen ferner den Richter und den pristaldus; falls sie dies versäumen würden, „portarent regale iudicium“ (Reg. Var. S. 158, Nr. 8).

⁷⁴ Im Bodenprozess der Burgministerialen von Szolagayör im Jahre 1229 („dicti iobagiones in quatuor iudiciis regalibus remanserunt, et si quis eorum processu temporis presentem causam retractare temptaverit, non erit audiendus, priusquam quatuor iudicia regalia persolverit“, CDP Bd. VII, S. 17), im Jahre 1237 (wegen unbegründeter Prozessführung, HOKl. S. 6), im Jahre 1252 („quod ... rem iudicatam ... deduxit in serupulum recidive questionis“, CDP Bd. VI, S. 63), um 1275 (wird von jener Partei bezahlt, die das Urteil der Schiedsrichter nicht anerkennt, CDP Bd. VI, S. 162) usw.

⁷⁵ „si vero (Saxones) coram quocunque iudice remanserint, tantummodo iudicium consuetudinarium reddere teneantur“ (Andreanum, F. Zimmermann — C. Werner: Urkundenbuch zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen, Herrmannstadt, 1892, S. 35).

⁷⁶ Perjog S. 442.

⁷⁷ CDAC Bd. X, S. 147—148.

⁷⁸ Ub. Burg. Bd. I, S. 237—238.

⁷⁹ *Fejér*, CD V/2, S. 366—367.

⁸⁰ um 1288 (HOKl. S. 119), im Jahre 1299 (CDP Bd. VI, S. 451) usw.

⁸¹ Ub. Burg. Bd. I, S. 237. OLDl Nr. 86450.

⁸² S. Anmerkung 78.

- ⁸³ CDP Bd. VIII, S. 397–398.
- ⁸⁴ Vgl. *Szilágyi* gen. Werk S. 157–159.
- ⁸⁵ *Kovachich* gen. Werk S. 144.
- ⁸⁶ A.a.O. S. 154.
- ⁸⁷ A.a.O. S. 157.
- ⁸⁸ A.a.O. S. 150.
- ⁸⁹ A.a.O. S. 151 und 191.
- ⁹⁰ A.a.O. S. 154; Text verbessert von *Szilágyi* gen. Werk S. 158.
- ⁹¹ *Kovachich* gen. Werk S. 191.
- ⁹² Gemäss der Urkunde der Servienten von Zala wurde 1232 gegen Banus Atyusz jene Klage erhoben, dass er das Gut der Kirche von Veszprém „iniuste occupasset et occupatam violenter *per suam potenciam* detineret“ (Cod. Zala Bd. II, S. 643). – Laut dem Urteilsbrief des Königs vom Jahre 1279 hat ein Adliger Orosfalu „*potencialiter occupaverat*“ (CDAC Bd. XII, S. 252). – 1289 wird vor dem Domkapitel von Raab gegen eine Besitzübertragung Einspruch erhoben, weil sie „*mediante potencia vel pocius impressione ... usque ad metum mortis et amissionem possessionis*“ erfolgt war (HOKl. S. 114). – Im Jahre 1291 wird vor dem Domkapitel zu Gran Protest eingelegt, weil den Geschädigten „*virii potentes de suis possessionibus non secundum iudicium, sed per potenciam et violentiam expulissent*“ (*Fejér*, CD VI/1, S. 220). – 1292 verwahrte man sich deshalb, weil Iván, der Sohn Heinrichs einen Besitz „*potencialiter occupasset et per violentiam et potenciam iniuste ... detineret*“ (Cod. Zala Bd. I, S. 101–102). – Im Jahre 1299 wird über eine „*terra reginalis ... potencialiter detenta*“ geschrieben (CDP Bd. VI, S. 449).
- ⁹³ Das Domkapitel von Erlau wird seitens *Andreas III.* angewiesen zu untersuchen, „*si Nicolaus ... potencialiter eundo quasdam villas destruxerit ... bonis omnibus easdem spoliando (et actores) mortaliter vulnaverit*“ (CDP Bd. VII, S. 309). – Im Jahre 1298 belangte Peter vor dem Palatin Ladislaus und Danes, „*quod ... villam suam Gulgo vocatam potencialiter veniendo, eandem destruxissent*“ (Cod. Zichy Bd. I, S. 89).
- ⁹⁴ Das Domkapitel von Erlau berichtet dem König *Andreas III.*: „*Pangarachius ... confracto ostio ipsius domus quandam virginem de manibus earundem dominarum potencialiter extraxerit ... et nunc eandem potencialiter apud se detineret*“ (CDP Bd. VII, S. 316).
- ⁹⁵ 1300: *potencialis rerum ablacio* (Urkunde des Zipser Kollegiatstiftes, CDP Bd. VI, S. 457).
- ⁹⁶ Urkunde der Behörde des Komitates Novi Castri vom Jahre 1302: „*aracio terre sue, quam potencialiter dixerunt arasse*“ (OLDI. Nr. 83155).
- ⁹⁷ Urkunde *Andreas' III.* vom Jahre 1297: „*tributum potencialiter exigi facere*“ (*Fejér*, CD VI/2, S. 72–73).
- ⁹⁸ Nach einem Urteil des Vizehofrichters aus der Zeit des Königs Ladislaus IV.: „*Alexander ... potencialiter insurgendo, hominem domini regis et testimonium capituli Agriensis ... verberavit, pro hys omnibus possessionem suam Dubos vocatam, de qua exeundo premissa omnia perpetravit, amiserat*“ (CDAC Bd. X, S. 146).
- ⁹⁹ Im Jahre 1266: „*secundum consuetudinem de ipso vindicta sumatur, nisi quis in ludo sine premeditata malitia aliquem interfecerit*“ (Agramer Privileg des Königs Béla IV., Smicklas gen. Werk Bd. VI, S. 402). – Im Jahre 1272: „*casualiter fuisse interfectum*“ (Urkunde des Domkapitels von Neutra CDP Bd. VI, S. 187). – Im Jahre 1275: „*interfectus casualiter*“ (Kollegiatstift von Eisenburg, CDP Bd. VIII, S. 442). – Im Jahre 1292 wird in einem Sonderverfahren nachgewiesen, dass jemand „*non per inimicicium prius excogitatum, sed casualiter et ignoranter ... extitisset intremptus*“ (*Bónis*: gen. Werk S. 107, Anmerkung 462).
- ¹⁰⁰ Den einen der Verträge aus dem Jahre 1300 s. CDP Bd. VI, S. 459 den anderen OLDI Nr. 73564. – Der obige Fachausdruck wird in zwei im Original erhaltenen Exemplaren des Gesetzes vom Jahre 1351 in der Form „*in facto potenciali succubitus duelli*“, in zwei anderen, ebenfalls Originalexemplaren in der Form „*in facto potenciali succubitu duelli*“ erwähnt (OLDI Nr. 4239).
- ¹⁰¹ *Perjog* S. 274.

- ¹⁰² Das Vorkommen derartiger Ausdrücke fasste *Hajnik* als Beweis dessen auf, dass vom Tatbestand der Eigenmächtigkeit die Rede ist. In einem konkreten Fall (aus dem Jahre 1501) stellte er aufgrund der Formel *potentia mediante* fest, dass auch das als Gewalttätigkeit betrachtet wurde, wenn ein aufgenommener Kredit nicht zurückgezahlt wurde. (Perjog S. 286, Anmerkung 48).
- ¹⁰³ *Gerics, J.*: Adalékok a Kézai-krónika problémáinak megoldásához (Beiträge zur Lösung der Probleme der Chronik Meister Simons von Kéza). — Annal. Univ. Scient. Budapestinensis de Rolando Eötvös nominatae, Sectio Historica Tom. I. Bp. 1957. S. 111, S. 131, Anmerkung 5; *Bónis* gen. Werk S. 104, Anmerkung 449.
- ¹⁰⁴ *Bónis* gen. Werk S. 104, Anmerkung 450.
- ¹⁰⁵ CDAC Bd. IV, S. 281.
- ¹⁰⁶ CDP Bd. VI, S. 448.
- ¹⁰⁷ Perjog S. 285–286.
- ¹⁰⁸ A.a.O. S. 389 und a.a.O. Anmerkung 13.
- ¹⁰⁹ A.a.O. S. 289.
- ¹¹⁰ CDP Bd. VII, S. 18; Cod. Zala Bd. I, S. 9; *Šmičiklas* gen. Werk Bd. IV, S. 403; CDAC Bd. X, S. 401; *Holub*, gen. Werk S. 72 (Facsimile).
- ¹¹¹ Im Bericht des Domkapitels von Erlau an *Ladislav IV.*, CDP Bd. VIII, S. 274; im Jahre 1299 holte der Dechant von Szabolcs in einer kirchlichen Angelegenheit derartige Erkundigungen ein (CDAC Bd. X, S. 342); im Jahre 1299 ging die Behörde des Komitates Veszprém in dieser Weise in Angelegenheit eines Raubes und einer Besitzzerstörung vor (CDP Bd. VI, S. 446) usw.
- ¹¹² In der Urkunde der Bodenrichter des Komitates Eisenburg vom Jahre 1238: „*per oculatam et subtilem factam inquisitionem*“ (Ub. Burg. Bd. I, S. 187).
- ¹¹³ HO Bd. VI, S. 446.
- ¹¹⁴ *Hajnik*: Perjog, S. 285, Anmerkung 47; *Kubinyi, A.* gen. Werk S. 137, Anmerkung 179.
- ¹¹⁵ *Závodszy* gen. Werk S. 153.
- ¹¹⁶ Cod. Zichy Bd. I, S. 99–100.
- ¹¹⁷ *Fejér*, CD VI/2, S. 25–27.
- ¹¹⁸ Der Urteilsbrief vom Jahre 1300: CDAC Bd. X, S. 379.
- ¹¹⁹ CDAC Bd. XII, S. 673. — Das Datum der Urkunde s. *Karácsonyi*: Magyar nemzet-ségek a XIV. sz. közepéig (Ungarische Geschlechter bis zur Mitte des 14. Jh.) Bp. 1901. Bd. II, S. 328.
- ¹²⁰ CDAC Bd. IV, S. 281.
- ¹²¹ CDP Bd. VI, S. 448. Bezüglich des ungarländischen Vorkommens der aus dem römischen Recht stammenden Ausdrücke *falsarius*, *crimen falsi* und *calumnia* im 13. Jahrhundert s. *Bónis* gen. Werk S. 106, Anmerkungen 458 und 459.
- ¹²² *Kovachich* gen. Werk, S. 144 und 151.
- ¹²³ A.a.O. S. 151.
- ¹²⁴ In der Urkunde des Königs Andreas II. aus dem Jahre 1208 sind folgende Wendungen enthalten: „*Hoc quoque notandum est quod*“, „*Hoc quoque sciendum est quod*“, „*Hoc tamen sciendum est quod*“. (*Fejér*, CD III/1, S. 61, 62, 64.) — Im Jahre 1229 kommt in der Urkunde des Domkapitels von Neutra die Formel „*Notandum ciam quod*“ vor (CDP Bd. VII, S. 17). — Im Jahre 1291 gebraucht das Domkapitel von Karlsburg den Ausdruck „*Item notandum quod*“ (*Zimmermann-Werner*, gen. Werk, Bd. I, S. 180) usw.
- ¹²⁵ *Kovachich* gen. Werk, S. 137.
- ¹²⁶ „*cuiuslibet condicionis et lingue homines*“ (Béla IV. 1247. *Endlicher* gen. Werk, S. 472); „*per nobiles et alios cuiuslibet condicionis homines*“ („*rex junior*“ Stephan, 1263, CDP Bd. VIII, S. 93); Eigenleute der Königin „*et alii cuiuslibet condicionis homines*“ (Der Palatin, 1268. CDAC Bd. VIII, S. 206); „*per nullius condicionis, status aut ordinis hominem*“ (Stephan V., 1271, *Endlicher* gen. Werk S. 524);

„incolae, cuiuscunque libertatis seu condicionis existant“ (Ladislaus IV., 1274, CDP Bd. VIII, S. 170);

„una cum nobilibus ... et aliorum (!) cuiuslibet condicionis hominum (!)“ (Behörde der Komitate Somogy und Zala, 1276, CDP Bd. II, S. 22);

„iobagiones et populi universi ... liberi sive originariis seu ascripticiis aliisve quibuslibet condicionibus irretiti“ (Ladislaus IV., 1276, Ra Nr. 2716);

„nobiles et alii cuiuslibet condicionis homines“ (Ladislaus IV., 1279, CDAC Bd. XII, S. 250 und folg.);

„de voluntate omnium nobilium et aliorum cuiuslibet condicionis hominum“ (Der Palatin Ivan 1288, CDP Bd. VII, S. 206) usw.

- ¹²⁷ So handelt Artikel 5 von den Plünderern und jenen, die sich königliche, kirchliche sowie adlige Güter unrechtmässig aneignen, Artikel 14 von den Organen, die über die Ermittlung falschen Bericht erstatten, Artikel 33 von den Gewaltigen die Adlige zu Beziehungen der sog. *familiaritas* zwingen, Artikel 40 von jenen, die auf ihrem Besitz Geld prägen (Kovachich gen. Werk, S. 109, 114, 129 und 136.).

- ¹²⁸ *Bónis* gen. Werk, S. 84, Anmerkung 360.

- ¹²⁹ *Kovachich* gen. Werk, S. 109, 124, 136 und 138.

- ¹³⁰ *Szilágyi* gen. Werk S. 164.

- ¹³¹ *Kovachich* gen. Werk 113. Über die „nota infidelitatis“ s. *Bónis* gen. Werk S. 105 und ebenfalls: *Hübéríség és rendíség a középkori magyar jogban* (Lehnwesen und Ständewesen im ungarischen Recht des Mittelalters), Kolozsvár (1947) S. 530–532.

- ¹³² *Kovachich* gen. Werk S. 108, 113, 129.

- ¹³³ „(art. XIII.) Dummodo per Hominem Domini Regis ad hoc specialiter transmissum, et quatuor Nobiles in qualibet Provincia, ad inquirendas et sciendas spoliaciones praeteritas, et futuras deputatos Domino Regi fides fiat, sub Testimonio Capitulorum: ubi haec dampnatione digna fuerint commissa vel fuerint. (art. XIV.) Si vero dicti quatuor Nobiles ob favorem, vel timorem, aut recepto pretio recusare, vel huiusmodi deprædationes false suggerere de his, quos noverunt, praesumpserint, Excommunicationem incurrant, ex nunc latam ipso facto, nichilominus Domini Regis cedant Iudicio, poena contra eos pronuncianda.“ (A.a.O. S. 114.)

- ¹³⁴ „quatuor iurati ... in fide eorum deo et regie corone debita sub vinculo ex communicationis in generali congregatione regis extunc lato ac alii universi nobiles per nos requisiti super premissa destructione Petri oraculo vive vocis retulerunt, quod iidem ... omnia premissa ... Petro intulissent ... testimonium peribentes in hoc parte“ (Cod. Zichy Bd. I, S. 89). Zitiert von *Hajnik*: *Perjog*, S. 300, Anmerkung 1 und *Istvány, G.*: *A generalis congregatio* (Die generalis congregatio), Sonderabdruck aus *Levéltári Közlemények* Jgg. 1939 und 1940/41, S. 12–13. Die Auswertung der Urkunde ebenda. Original: OLDI Nr. 76177.

- ¹³⁵ „Prepotentibus terrarum principibus lege solutis gloriam esse sumam cervices suas a legum ut dictum est necessitate liberare, ydonee sponteque subicere iugo legis sibi que felicem necessitatem ad meliora compellentem iuxta divinarum oracula paginarum imponere sacro conscripta suggerente spiritu iura clamant.“ (*Fejér* CD VI/1, S. 180; Ub. Burg. Bd. II, S. 251. Das in der Arenga angeführte *Digesta-Zitat* (I. 3, lex 31: „princeps legibus solutus est“) hebt Lindeck-Pozza hervor, a.a.O. S. 253, Anmerkung 1).

- ¹³⁶ Vgl. *Bónis, Gy.*: *Petrus de Vineá leveleskönyve Magyarországon* (Das Formelbuch des Petrus de Vineá in Ungarn), *Filológiai Közöny* Jg. 4 (1958), S. 2–9 und 184, sowie *H. Fichtenau*: *Arenga*. Spätantike und Mittelalter im Spiegel von Urkundenformeln (MÖG Ergänzungsband, XVIII, 1957) S. 178. Die Bezeichnung des ungarischen Königs als „princeps legibus solutus“ enthält erstmals diese Urkunde. Die Urkunde handelt über den Friedensschluss mit Albrecht Herzog von Österreich. Er erhielt 1282 von seinem Vater, dem Kaiser Rudolf, ein Privileg mit einer Arenga, die des *Kaisers* Unbeschränktheit vom Gesetz erwähnt. (Zitiert durch Fichtenau in dem genannten Werk und an derselben Stelle.) Ausserdem arbeiteten in der herzoglichen Kanzlei Albrechts Notare, die sich vorher in der kaiserlichen Kanzlei betätigt haben. Es ergibt sich demnach mit Recht die Frage, ob die Arenga der Friedensurkunde nicht einfach ein Produkt der österreichischen Praxis ist, das mit der ungarischen Praxis vielleicht überhaupt nichts zu tun hat, und ob daher die Arenga

als eine Angabe betrachtet werden darf, die auch die ideologische Entwicklung Ungarns widerspiegelt.

Zwecks Rechtfertigung meines in der Arbeit verfolgten Verfahrens will ich das Folgende bemerken:

Die Urkunde gebraucht den Ausdruck „der vom Gesetz nicht beschränkte Fürst“ nicht als eine vom Kontext unabhängige Floskel, sondern mit einem hochgradigen Redaktionsbewusstsein. Die Arenga hängt auch mit dem dispositiven Teil der Urkunde eng zusammen. Unter „*principes*“ wurden konkret der König von Ungarn und der Herzog von Österreich verstanden. Die auctores der Urkunde bezeichnen sich als „*ordinatores et arbitratore per illustrissimos principes And(ream) ... Vngariae regem ... (et) Al(bertum) ... ducem Austria ... deputati*“, ihre Auftraggeber aber werden wiederholt „*preillustrissimi principes*“, „*predieti principes*“ genannt, in deren Namen sie sich verpflichten, dass die Strafe der *principes* die Räuber und Wegelagerer treffen wird, das Königtum Andreas' und das Herzogtum Albrechts werden als „*ca-tholici principatus*“ bezeichnet usw.

Es ist demnach unzweifelhaft, dass die in der Arenga erwähnten „*terrarum principes lege soluti*“ mit König Andreas und Herzog Albrecht identisch sind. Eine besondere Bedeutung kommt ausserdem in der Arenga dem possessiven Attribut des Ausdrucks „*terrarum principes*“ zu. Damit werden Andreas und Albrecht nicht allein vom *römischen* *principes*, also vom Kaiser abgegrenzt auf dem sich das Attribut „*lege solutus*“ ursprünglich ausschliesslich bezogen hat, sondern auch von den österreichischen und ungarischen Vornehmen, die in der Urkunde gleichfalls *principes* genannt werden. An diesem Punkt kann vielleicht die Mitarbeit der ungarischen Beauftragten an der Auswahl, Umgestaltung und Anwendung des Textes der Arenga klar genug nachgewiesen werden.

Allerdings ist der Ausdruck „*principes terrae*“ das Synonym von „*dominus terrae*“, und die Rechtsterminologie Deutschlands gebrauchte diesen häufig auch zum Ausdruck der Landesherrschaft. (E. Mayer: Deutsche und französische Verfassungsgeschichte vom 9. bis 14. Jahrhundert, Leipzig 1899, Bd. II, S. 403–404 und Anmerkung. H. Conrad: Deutsche Rechtsgeschichte, Karlsruhe 1962, Bd. I, S. 188, 309 und folg. Vgl. F. Keutgen: Der deutsche Staat des Mittelalters, Jena 1918, S. 58, Anmerkung 77, S. 130, 135 usw.) In den Quellen aus dem XIII. Jahrhundert finden wir jedoch ausserdem auch die Bezeichnung „*dominus terrae*“ des ungarischen Königs, als obersten Grundherrn: Artikel 33 der Goldenen Bulle vom Jahre 1231 unterscheidet den König als „*dominus terrae*“ von den Herren der bäuerlichen Höfe, den „*domini fundi*“, (Váczy, P.: A szimbolikus államszmélet kora Magyarországon (Das Zeitalter der symbolischen Staatsanschauung in Ungarn), 1932, Minerva Könyvtár XL, S. 58, Anmerkung 22; Eckhart, F.: A szentkorona eszme története (Geschichte der Idee der Heiligen Krone), Bp., 1941, S. 36). Im Jahre 1271 aber erwähnt Friedensbrief des Königs Stephan V. solche Burgen innerhalb der Grenzen Ungarns, „*quorum principale dominium ad nos pertinet*“ (CDAC Bd. III, S. 249).

Diese Angaben sind unmittelbare Antezedentien jener Auffassung, die den Punkten des mit Albrecht geschlossenen Vertrags zu entnehmen ist, und diese Punkte wurden als Bedingungen, welche das Recht des ungarischen Königs gewährleisten, und als Erfolg der Arbeit der ungarischen Delegierten in die Urkunde aufgenommen: „*dominus Al(bertus) dux restituet omnia castra iuris regalis ad regem et regnum immediate spectantia, videlicet castrum Posoniense cum civitate et suis pertinentiis regaliis et civitatem Tyrnensem cum suis attinentiis universis ... Item quod dominus rex quemlibet de Austria vel de qualibet parte Alamannie in aquisitis iusto in Vngaria possessionibus et iuribus conservabit, salva in omnibus auctoritate iurisdictionis ordinarie ad regem tamquam ad verum et legitimum terre dominum pertinente*“. Die Formulierung dieses letzteren Punktes ist besonders lehrreich: er schreibt dem ungarischen König unter dem Titel seiner schon von früher bekannten Eigenschaft als „*dominus terrae*“ die „*ordinaria iurisdiction*“ zu. Der Begriff der *ordinaria iurisdiction* wurzelt im römischen Recht. (Siehe: das genannte Werk von W. Kaempfe, sowie H. E. Feine: Vom Fortleben des römischen Rechts in der Kirche. Zeitschr. d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgesch. Kan. Abt. XLII, (1956) S. 21.)

Es gibt demnach in der Urkunde einen Punkt, der dem ungarischen König — als Erfolg der Arbeit der ungarischen Delegierten — ein Recht zusichert, das mit einem im römischen Recht wurzelnden Kunstaussdruck umschrieben ist. Demzufolge ist es sehr wahrscheinlich, dass die in der Arenga enthaltene Berufung „*princeps lege solutus*“ nicht einfach österreichischer Provenienz ist, sondern unter Mitwirkung und Wissen der ungarischen Delegierten in die Urkunde aufgenommen wurde. Diese Konzeption wird durch die Überlegung nur noch bekräftigt, dass sich unter den Delegierten des Königs Andreas die beiden rechtskundigen Erzbischöfe Lodomer und Johann befunden haben, der Vertrag aber „*cum satis morosa deliberacione, quam tam ardui requirebat magnitudo negotii*“ zustandegekommen ist.